

Preis: 1 €  
Förderpreis: 2 €

## Schröders Arbeitslosengeld II

Nr. 26, Juni 2004

Inhalt:

„Linkspartei“



Zur Debatte um eine neue Partei: internationale Erfahrungen und die Position der SAV

Beilage

Arbeitszeiten



„Durchbruchschlacht“ im öffentlichen Dienst um Arbeitszeitverlängerungen

Seite 4

Irak



Folter, Erniedrigungen, Misshandlungen – das nennt sich „dem Nahen Osten Demokratie bringen“

Seite 3

Ausbildungslüge



Die Ausbildungs-Umlage von SPD und Grünen ist reine Augenschweerei: Unternehmen können sich drücken, Jugendliche sind die VerliererInnen

Seite 9

# Massenarmut und moderne Sklavenarbeit

Bislang erhielten Erwerbslose in der Regel ein Jahr Arbeitslosengeld. Danach Arbeitslosenhilfe, die unter dem Arbeitslosengeld, aber über der Sozialhilfe liegt. Mit Arbeitslosenhilfe wird es ab dem nächsten Jahr vorbei sein.

von Aron Amm, Berlin

Die 2,3 Millionen ArbeitslosenhilfebezieherInnen und die eine Million „erwerbsfähiger“ SozialhilfebezieherInnen erhalten dann ein unter dem heutigen Sozialhilfeniveau liegendes Arbeitslosengeld II oder fallen ganz raus.

- ⊗ Hunderttausende werden keine Leistungen mehr bekommen, weil das Einkommen von Ehepartnern angerechnet wird
- ⊗ Der Mietzuschuss beträgt nur noch 210 Euro
- ⊗ Der anrechnungsfreie Zuverdienst wird von 165 auf 60 Euro reduziert
- ⊗ Die einmaligen Leistungen entfallen größtenteils

### Existenzminimum

Unter Kohl und Schröder wurde Armut wieder zu einem Massenphänomen. Jedes siebte Kind wächst heute am Rande des Existenzminimums auf. Mit Hartz IV soll die Kinderarmut laut deutschem Kinderschutzbund bundesweit um eine halbe Million zunehmen.

2005 sollen Empfänger von Arbeitslosengeld II von pauschal 345 (im Westen) beziehungsweise 331 Euro (im Osten) leben beziehungsweise ums nackte Überleben kämpfen. Davon soll auch noch für eine neue Waschmaschine oder Kleidung gespart werden. Die Höhe der Mieten kann auf abgesehenem Niveau pauschalisiert werden. Bald sind dann nur noch Wohnklos drin.

### Billigjobs

Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordstand. Nur der Niedriglohnssektor hat Kon-



junktur. Im ersten Quartal kamen 300.000 neue Billigjobs dazu. Allein in Westdeutschland erhält ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten, das sind 6,3 Millionen Menschen, einen Niedriglohn (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes).

Beim Arbeitslosengeld II werden die Zu-

marktbarkeitsregelungen auf ein Minimum reduziert. Jugendliche bis 25 Jahren erhalten bei der Ablehnung eines Jobs gar kein Geld mehr.

### Steuerpolitik

Zwei oder drei Euro im privaten Sicherheitsdienst oder als Friseur im Osten – nach unten gibt es bald keine Grenzen mehr. Die Gewerkschaften sollten sich für eine vernünftige Mindestsicherung für alle stark machen. Angesichts von Teuro und Mietwucher ist ein Betrag von 750 Euro netto plus Wammie nötig. Für Vollzeitbeschäftigte sollte ein Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat gelten. Würde der DGB offensiv für solche Forderungen eintreten, könnten Beschäftigte und Erwerbslose für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden.

Es stimmt: die öffentlichen Kassen sind

leer. Aber wer hat sie geleert? Die Lohnabhängigen bringen drei Viertel aller Steuereinnahmen auf. Tendenz steigend. Die Reichen und Superreichen stellen sich davon. Dabei wäre jede Menge zu holen: die Vorstandschefs der Großkonzerne kassieren im Schnitt zwei Millionen Euro pro Jahr. Nötig wäre eine stark progressive Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Nötig wäre auch eine massive Anhebung der Unternehmenssteuern. Jahrelang haben Konzerne wie Siemens oder DaimlerChrysler weniger Steuern gezahlt als eine Verkäuferin oder ein Bauarbeiter.

### Eigentumsfrage

Aber reicht die Forderung nach Umverteilung aus? Wäre eine andere Steuerpolitik genug? Wenn Banken und Konzerne aus Konkurrenzgründen die Arbeitszeit verlängern, den Abbau von Arbeitsplätzen vorantreiben und mit Betriebsverlagerungen ins Ausland drohen, dann greifen Steuererhöhungen zu kurz. Wenn die Schrempfs und von Pierers Entlassungen durchführen, um ihre Profite zu steigern oder um neue Renditen zu erwirtschaften, dann muss diesen Konzernchefs die Kontrolle entzogen werden. Wirksam kontrollieren lässt sich aber

nur, was einem gehört. Soll mit Heuern und Feuern Schluss sein, sollen die Beschäftigten eines Betriebs Kontrolle und Verwaltung demokratisch übernehmen, dann müssen diese Unternehmen in öffentliches Eigentum (rück)überführt werden.

### Arbeiterpartei

Tagein tagaus wird uns verkauft: Die Erde ist eine Scheibe, Arbeitszeitverlängerung schafft Arbeitsplätze, Lohndrückerei führt zu höheren Einkommen. Höchste Zeit, dass eine Gegenstimme laut wird. Höchste Zeit, dass Gegenwehr organisiert wird. Damit wir dahn kommen, müssen wir den Kampf in den Gewerkschaften für einen grundlegenden Kurswechsel aufnehmen. Damit wir dahn kommen, brauchen wir außerdem eine neue politische Interessenvertretung. Eine neue Partei für Beschäftigte und Erwerbslose.

Will eine neue Partei auch eine neue, eine andere Politik machen, dann muss sie sich mit den Reichen, den Mächtigen, den Kapitalbesitzern anlegen. Will sie nicht nur an den Problemen herumdoktern, dann darf sie sich nicht mit den bestehenden Eigentums- und Machtverhältnissen abfinden.

Aron Amm ist Mitglied der SAV-Bundesleitung

- ⚡ Am 1. Januar 2005 wird die Arbeitslosenhilfe abgeschafft
- ⚡ Das neue Arbeitslosengeld II liegt unter dem heutigen Sozialhilfeniveau
- ⚡ Mehr als einer halben Million Erwerbslosen wird jede Unterstützung gestrichen
- ⚡ Erwerbslose müssen nach einem Jahr jede Arbeit annehmen

▶ **Neue Partei** für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen **aufbauen**

20. Juni: Kongress der Wahlalternative in Berlin

4-seitige Beilage zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in dieser **Solidarität**

standpunkt

## Schon wieder Sommerpause?

Ein Jahr nach Verkündung der Schröderschen Agenda 2010, der massiven Umverteilung von unten nach oben, musste die Gewerkschaftsführung am 3. April das tun, was sie nicht wollte: Massenproteste gegen die SPD-geführte Regierung durchführen. Doch jetzt passiert schon wieder – nichts.

Der 3. April brachte den größten Protest gegen Sozialkahltschlag seit dem Ende der Kohl Ära. Nach den massenhaften Demonstrationen muss jetzt eine Schippe oben drauf gelegt werden. Massenstreiks gegen die Angriffe auf Lohn und Arbeitszeit müssen folgen, ein einseitiger Generalstreik gegen Sozialkahltschlag ist nötig.

### Angriffe der Regierung

Dem die Kürzungen gehen weiter. Zwar ist das Tempo auf Regierungsebene erst einmal langsamer geworden, aber der Sozialkahltschlag ist keinesfalls gestoppt. Superminister Clement machte inzwischen schon neue Vorschläge, wo noch gekürzt werden könnte. So will er gerne die Zinsfreibeträge für Kleinsparer abschaffen. Das aber will Schröder nicht, sondern überlegt, ob nicht lieber die Eigenheimzulage für Häuslebauer gestrichen werden sollte.

In einem aber sind sich beide einig: Gekürzt werden soll weiterhin bei Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und RentnerInnen. Damit auch ja wirklich gekürzt wird, geht die Regierung auf Nummer sicher. Damit Hartz IV nicht zum Desaster a la Toll Collect wird, sollen nun TelekomkollegInnen in der telekom-eigenen Personalserviceagentur Vivento an die Bundesregierung ausgeliehen werden, damit auch wirklich alle zukünftigen Arbeitslosengeld II BezieherInnen weniger Geld bekommen.

### Angriffe in Betrieben

In Betrieben gehen derweil die Angriffe ungehemmt weiter. Fast alle Beschäftigten der Großbetriebe können davon ein Liedchen singen. Ob KollegInnen bei Siemens, denen mit Standortverlagerung und Arbeitsplatzvernichtung gedroht wird, wenn sie nicht länger arbeiten, ob SchichtarbeiterInnen, denen die Zulagen gekürzt werden, ob Angestellte im öffentlichen Dienst, die künftig bis zu 42 Stunden arbeiten sollen, ob Entlassungen oder Betriebsschließungen.

Die Wirtschaftsbosse meinen sie wären bereits wieder im 19. Jahrhundert. Widerstand dagegen ist nötig. Aufgabe der Gewerkschaften wäre es, bei den derzeitigen Angriffen gemeinsame Proteste und Streiks gegen Lohnraub, Arbeitszeitverlängerung und Sozialkahltschlag durchzuführen.

DGB-Chef Sommer fand für mögliche weitere Proteste markige Worte.

So würden die Gewerkschaften selbst einen Sturz des Kanzlers hinnehmen und die Gewerkschaftsführungen hätten sich gegnigt den Protest „in die Betriebe zu tragen“ – vor allem, um das unzumutbare Arbeitslosengeld II zu kippen. Schöne Worte – doch passiert ist bisher nicht viel. Wartet Sommer wie im letzten Jahr wieder auf die Sommerpause?

### Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung

Nach dem Ende der Friedenspflicht im öffentlichen Dienst der Länder blieb es trotz der massiven Arbeitszeitverlängerungspläne relativ ruhig. Bei Siemens gab es bisher nur ein Treffen der Betriebsräte, trotz der Gefahr massiven Stellenabbaus. Auf den Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai wurden keine weiteren Vorschläge für den Widerstand gemacht, die KollegInnen wurden mit Bratwurst, Bier und Schunkel-Liedern abgespeist.

Das muss sich ändern! Jetzt müssen die Angriffe in den Betrieben zurückgeschlagen werden. Im öffentlichen Dienst wurde bei Beamten und Landesbeschäftigten angefangen – aber betroffen sind alle. Eine gemeinsame Antwort ist nötig! Die Frechheit der Arbeitszeitverlängerung muss mit einem Vollstreik beantwortet werden. Hilfreich sind dabei gemeinsame Proteste auch mit allen Betrieben in der Privatwirtschaft, bei denen ebenfalls Lohnraub, Stellenabbau und Arbeitszeitverlängerung auf der Tagesordnung stehen.

Mit der Kraft, die solche gemeinsamen Proteste und Streiks entfalten können, muss der Widerstand gegen Sozialkahltschlag aufgebaut werden.

Dabei dürfen wir nicht auf die Gewerkschaftsführung warten, sondern müssen den Widerstand in Betrieben, Schulen und Universitäten selbst vernetzen.

Wie das geht, zeigen Kassler Jugendliche im Bündnis „Jugend gegen Sozialkahltschlag“. Bereits im letzten Herbst organisierten sie einen Jugendstreik mit 1.500 Beteiligten. Jetzt wollen Auszubildende, SchülerInnen, Studierende und junge Erwerbslose am 6. Juni noch einmal streiken und damit deutlich machen, was nicht nur in Kassel und nicht nur von Jugendlichen, sondern in ganz Deutschland und branchenübergreifend stattfinden sollte: Streik.

## Rot-Grün vor wirtschaftspolitischem Kurswechsel?

Schröders Regierung steht vor einem riesigen Haushaltsloch

Nachdem die Tagung der Steuer-schätzer für die nächsten drei Jahre über 60 Milliarden Euro an Steuer-ausfällen prognostiziert hat, steht die Regierungspolitik vor drei Alternativen: Entweder wird die Spar- und Kürzungspolitik der öffentlichen Haushalte ausgeweitet, neue Schulden werden aufgenommen, oder neue Steuern werden erhoben. Alle drei Möglichkeiten (auch wenn sie miteinander kombiniert werden) werden auf politischen Widerstand stoßen – den der lohnabhängigen Bevölkerung oder den der Unternehmer.

von Frank Nitzsche, Siegen

Nach dem Zusammenbruch der sogenannten Ostblock-Staaten erhielt der europäische (Wirtschafts-)Einigungsprozess verstärkten Auftrieb. Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sollte nicht nur die Beseitigung von tarifären und nicht-tarifären Zoll- und Handels-hemmnissen ermöglichen, sondern war gleichzeitig die Vorbedingung für ein deutsch-französisch dominiertes Europa. Sie wollten und wollten über eine geballte Wirtschaftskraft einen wachsenden politischen Einfluss in der Weltpolitik und -wirtschaft, vor allem gegenüber den USA und dem US-Dollar, realisieren. Gleichsam ein Meilenstein auf diesem Weg war der Vertrag von Maastricht (1992), in dem monetaristische (also auf Geldwertstabilität ausgerichtete) Kriterien die Stabilität einer gemeinsamen Währung sicherstellen sollte. Und der die Verabredung der Regierungen der EU zu verschärftem Sozialabbau beinhaltete. So auch, dass die Nettoneuverschuldung nicht über drei Prozent des öffentlichen Haushaltes hinausgehen dürfe. Falls dies über drei Jahre lang doch so sei, würden Strafgebühren bis zu 10 Milliarden Euro fällig.

Heute sind sich die deutsche und die französische Regierung weitgehend darüber einig, dass „in Zeiten wirtschaftlicher Flaute eine Überschreitung der Kriterien zulässig sei“. Hintergrund ist die Stagnations- und Rezessionsphase der Weltwirtschaft und eine schwache Binnenkonjunktur.

So wächst das Haushaltsloch trotz massiver Kürzungsmaßnahmen auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen, denn Steuererleichterungen und Subventionen für Reiche und Unternehmer werden forciert, während Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise die öffentlichen Einnahmen sinken lässt. Obwohl die Exporte im Jahresvergleich um 16 Prozent gestiegen sind, wird nur von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im ersten Quartal 2004 von knapp einem Prozent (im Jahresvergleich) ausgegangen. Die Binnenwirtschaft schrumpfte weiter – ein Ergebnis der massiven Kürzungspolitik und der Angst der Konsumenten vor weiteren Sparmaßnahmen.

„Sparen“ um jeden Preis kommt also nicht mehr in Frage. Steuererhöhungen für Unternehmen sind nicht erwünscht und auf der politischen Ebene sorgen das „Superwahljahr“ und die eindrucksvollen Demonstrationen gegen die Agenda 2010 dafür, dass die Bundesregierung den Spagat zwischen „Sparen“ (sprich: Umverteilung von Unten nach Oben) und Neuverschuldung versuchen muss.



Mit Schröders Agenda 2010 soll der Lebensstandard der Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen sinken – um die Profite der Banken und Konzerne zu steigern. Dieser Kurs wird fortgesetzt.

schulung versuchen muss.

Wer nun denkt, dass ein Kurswechsel in der Politik der Regierung vollzogen wird, oder sogar eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik eingeläutet würde, der irrt. Denn weiterhin soll eine neoliberale Wirtschaftspolitik die Grundlage für die weltweite „Konkurrenzfähigkeit“ (sprich: hohe Profite) von deutschen Unternehmern bilden, inklusive der geforderten Verzichtspolitik für die Arbeiterklasse. Nur das Sozialabbau-Tempo wird notgedrungen zeitweise etwas verlangsamt werden, die Zeche der Neuverschuldung soll dann die Arbeiterklasse zahlen.

Politische Schwenks, Zick-Zacks, Ad-hoc-Entscheidungen und Destabilisierungen der Regierungskoalition werden die Folge des beschriebenen Spagates sein.

Natürlich wären massive öffentliche Investitionen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und sinkende Verbrauchersteuern wünschenswert. Doch dafür müssten schon jetzt Unternehmersteuern massiv erhöht (beziehungsweise erst einmal wieder erhöht) werden und nicht erst nach einem zu erwartenden „nachhaltigen“ Wirtschaftsaufschwung, der nicht in Sicht ist.

Ohne Erhöhung der Unternehmenssteuer handelt es sich sonst um eine reine Umverteilungspolitik innerhalb und auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Jede weitere Verschuldung dient den Banken – bereits jetzt fließt ihnen (über Zins und Zinseszins) beinahe jeder siebte Euro aus den Steuereinnahmen zu.

### Welche Lösung?

Mit Kürzungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse zieht sich das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst den Boden unter den Füßen (sprich: die Massenkaufkraft) weg. Trotzdem ist der Kahltschlag erst am Anfang: Denn noch schlimmer wäre für die Unternehmer, wenn an ihre Profite gegangen würde. So stehen Verzicht und „Schuldendienst“ durch die Arbeiterklasse den wachsenden Profiten von Unternehmern gegenüber. Statt Profitwirtschaft für Kapitalinteressen brauchen wir eine demokratisch geplante Wirtschaft – und die ist ohne gemeinsamen Kampf für eine sozialistische Gesellschaft nicht zu machen.

## Emanzipation statt Sozialraub und Ehezwang



Die Stonewall Inn in der Christopher Street in New York: Durch Widerstand gegen die Polizeiwilkkür begann die moderne Schwulen- und Lesbenbewegung.

35 Jahre Christopher-Street-Day – 35 Jahre Kampf gegen Diskriminierung

Der 27. Juni 1969 markiert den Beginn der modernen Schwulen- und Lesbenbewegung. An diesem Tag begehren die BesucherInnen der New Yorker Szenebar „Stonewall Inn“ in der Christopher Street erstmals gegen gewaltsame Polizeirazzien und Behördenwillkür auf, tagelange Straßenschlachten in der Christopher Street und angrenzenden Straßen zwischen den Opfern der Repressionen und den Ordnungskräften schlossen sich an. Seit Anfang der 70er Jahre erinnern Schwule, Lesben und Transgender weltweit mit Paraden, Demonstrationen und Straßenfesten an diesen Tag und demonstrieren für Emanzipation und gegen Diskriminierung.

von Jörg Fischer, Köln

Gerade aber in Deutschland fand in den vergangenen Jahren eine immer stärkere Kommerzialisierung und Entpoliti-

sierung der CSD's statt, insbesondere bei den beiden größten in Köln, mit zwischen 750.000 und 1,5 Millionen BesucherInnen und Berlin mit 500.000 bis 700.000 BesucherInnen.

### Fiasko „Homo-Ehe“

Diese Entwicklung scheint in diesem Jahr erstmals, zumindest in Ansätzen, eine Korrektur zu erfahren. So wird in Köln insbesondere das Fiasko der „Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ („Homo-Ehe“) Thema sein, die den Betroffenen nur Pflichten aber kaum Rechte bringt, das Partnerschaftsmodell auf die reine klassische Zwei-Personen-Beziehung reduziert und das erste Sondergesetz für Schwule und Lesben nach der Abschaffung des berüchtigten „Schwulenparagrafen“ 175 StGB (Strafgesetzbuch) ist.

Daneben werden auch die Sozialraubzüge der Herrschenden, die Kürzungsorgien bei Selbsthilfegruppen, kulturellen Einrichtungen und in der Gesund-

heitsversorgung zu einem immer wichtigeren Thema. Die sogenannte „Gesundheitsreform“, die Gesundheit und medizinische Versorgung zu einer Ware macht, hat in der schwullesbischen Gemeinde vielen erstmals die Unmenschlichkeit und die Perspektivlosigkeit des auf Profitsteigerung einiger weniger beruhenden kapitalistischen Systems gezeigt – und auch, dass es keine Partei gibt, die tatsächlich die Interessen der Menschen, etwa nach allgemein zugänglicher und kostenloser medizinischer Versorgung, nach freiem Zugang zu Kultur und Bildung, nach Arbeit von der man auch leben kann, verteidigt.

### Kampf für Emanzipation

Auch wenn derzeit Schwule und Lesben in Deutschland seltener direkt Opfer von Ausgrenzung und offener Minderheitenfeindlichkeit sind, so sind wir von einer tatsächlichen Akzeptanz und Emanzipation noch weit entfernt – was in einer Gesellschaft, die gerade auf

Ausgrenzung, Diskriminierung und Ausbeutung, auf dem Ellenbogen und dem „Recht des Stärkeren“ basiert, nicht verwundern kann. Auch darf nicht vergessen werden: Noch immer können in manchen Teilen Deutschlands Schwule und Lesben nicht offen leben, in manchen Ländern Europas und anderswo auf der Welt werden Schwule, Lesben, Transgender verfolgt, körperlich bedroht und auch getötet.

Der Kampf für die Emanzipation von Schwulen und Lesben kann nur erfolgreich sein, wenn er eingebettet ist in einen Kampf für die Emanzipation aller Menschen und für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der die Freiheit aller abhängig ist von der Freiheit des einzelnen und in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht.

Jörg Fischer ist Kandidat des Kölner Wahlbündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“ zu den im September stattfindenden Kommunalwahlen.

# Das nennen sie

Im Irak entsteht ein neues Vietnam für Bush und Blair

Fotos aus dem Schlachthaus Irak beherrschten in den vergangenen Wochen die Medien, widerliche Bilder von sadistischen US-Soldaten, die hinter Pyramiden aus nackten irakischen Häftlingen posierten. Die brutalen Folterfotos und die Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International belegen eindringlich, wie ernst die Bekenntnisse von Bush & Co für Demokratie und Menschenrechte zu nehmen sind.

von Torge Löding, Hamburg

Die Grundlage der Folterungen war vermutlich ein streng geheimes „Sonderzugriffprogramm“: „Schnappst euch, wen ihr braucht, Macht, was ihr wollt“, fasst das US-Magazin New Yorker unter Berufung auf einen früheren US-Geheimdienstmitarbeiter dieses Programm zusammen. Das britische Militär soll für ähnliche Greuelthaten verantwortlich sein.

Nun ist auch die dritte offizielle Behauptung, mit dem die Bush-Krieger ihren Feldzug für Öl rechtfertigen, als Lüge enttarnt. Nach dem Märchen von den Massenvernichtungswaffen und der Gute-Nacht-Geschichte von der baldigen Errichtung einer freien und demokratischen Gesellschaft ist nun auch die angebliche moralische Überlegenheit der Aggressoren verblasst. Sie sind sogar so schamlos weiter in Abu Ghraib zu quälen und zu foltern; dem gleichen Kerker, in dem zuvor die Handlanger Saddam Hussein tätig waren.

Auch sonst leidet die Bevölkerung des Iraks nicht weniger als zu Zeiten der Hussein-Diktatur. Im Gegenteil: Heute hat nicht einmal mehr die Hälfte der Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser, vor dem Überfall auf den Irak waren es noch 60 Prozent. Trotz der Investitionsversprechen liegt die Wirtschaft brach; jeder zweite Iraker hat keinen Arbeitsplatz und in der Mehrzahl der größeren Städte funktioniert nicht einmal die Stromversorgung.

## Widerstand

Entgegen aller Behauptungen: Die Lage im Irak ist alles andere als unter Kontrolle. Das gilt militärisch, aber vor allem politisch.

Präsident George W. Bush erklärte Mitte Mai, dass die US-Streitkräfte im Irak bleiben würden. Kurz zuvor hatte Außenminister Colin Powell allerdings gesagt, die Truppen würden abgezogen, falls die Übergangsregierung dies wünsche. Auch der britische Außenminister Jack Straw sprach bereits



Als Schlussfolgerung aus den Folterungen werden die Methoden der US-Militärs leicht eingeschränkt: Schlafentzug von mehr als 72 Stunden und die Fixierung von Gefangenen in schmerzhaften Körperhaltungen für mehr als 45 Minuten sind nun untersagt. „Bis zum Donnerstag [13. Mai] waren diese Methoden mit der Zustimmung des Oberkommandos zulässig.“ (Spiegel online, 15. Mai)

von einem möglichen Rückzug der britischen Truppen. Bush wie Straw machten aber klar, dass die Truppen zuvor noch so etwas wie Stabilitätsanker müssten. Jetzt wurden erst einmal mehr Truppen in den Irak entsandt. Sichtbar wird daran, dass keine Strategie der Herrschenden besteht, mit dem Desaster umzugehen.

Die SAV kämpft zusammen mit Schweserpartei und -organisationen in über 30 Ländern, darunter auch in den USA und Britannien, für den sofortigen Abzug aller Truppen aus dem Irak. Unter den ArbeiterInnen und Jugendlichen in der ganzen Welt finden sich immer noch viele, die sich zwar gegen die Besatzung aussprechen, aber auch Angst davor haben, dass ein Rückzug den Irak in ein Chaos stürzen lassen könnte. Jeder weitere Tag von Besat-

zung und Unterdrückung potenziert aber diese Bedrohung.

Nach einem Abzug bestünde eine kapitalistische Grundlage durchaus die Gefahr, dass im Irak ähnliches passiert wie in Jugoslawien. Deshalb ist ein sozialistisches Programm für den Irak und die gesamte Region so wichtig. Im gemeinsamen Kampf für den Aufbau des Landes können ArbeiterInnen, die verschiedenen Religionen angehören, lernen, zusammen zu arbeiten und die religiösen Gräben zu überwinden.

Die Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im Irak ist es für gemeinsame, gemischte Milizen einzutreten. Dazu kommt der Aufbau von demokratischen Komitees der ArbeiterInnen, BäuerInnen und Erwerbslosen, welche die Organisation des täglichen Lebens über-

nehmen. Der Kampf, den es zu führen gilt, ist nicht nur der gegen die Besatzung durch fremde Mächte, sondern der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, egal durch wen. Deshalb gilt es, jegliche Privatisierung zu stoppen und die Teile der Industrie, welche die Besatzer bereits für ihre Kapitalisten privatisiert haben, zu renationalisieren und unter demokratischer Kontrolle zu stellen.

Eine Zusammenarbeit mit der von den USA eingesetzten Marionettenregierung darf es dabei genauso wenig geben, wie mit den reaktionären Islamisten. Entscheidend für die Einheit der Arbeiter und Jugendlichen im Irak ist auch, dass allen ethnischen Gruppen das Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt wird.

## Erfolgskurs? Krisenkurs!

Die EU zwischen Erweiterung und Neuwahlen

**Am 11. Mai traten zehn Staaten mit 75 Millionen Menschen der EU bei. Begleitet wurde das von einer langgezogenen Medienkampagne, die direkt in den Wahlkampf zum EU-Parlament übergeht. All das kann aber nicht vertuschen, dass die EU für die Banken und Konzerne und gegen die Masse der Bevölkerung sowohl in den alten als auch neuen Mitgliedsländern arbeitet. Es kann auch nicht vertuschen, dass die EU in der Krise steckt.**

von Wolfram Klein, Stuttgart

In vielen Beitrittsländern gab es zunächst große Hoffnungen in die EU. Sie sind immer mehr der Enttäuschung gewichen. Statt Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen gibt es „Übergangsfristen“ bis 2011 (und wird dieser Termin genauer eingehalten werden als die Maastricht-Kriterien?), während denen diese 75 Millionen Menschen EU-BürgerInnen zweiter Klasse sind.

Die EU-Agrarsubventionen für die Neuländer betragen nur rund ein Viertel der Subventionen für die westeuropäischen Agrarkonzerne, so dass sie ihnen in einem sehr ungleichen Wettbewerb gegenüberstehen. Polen ist im ersten Jahr sogar Netto-Zuzahler in die EU-Kasse.

In den meisten Beitrittsländern herrschte bis 1989/91 Stalinismus. Die danach entstandenen Parteien haben fast alle ihre ganzen Hoffnungen auf den EU-Beitritt gesetzt. Sie versuchen, durch eine knallharte neoliberale Politik internationale Investoren anzulocken. Zum Beispiel gibt es in der Slowakei einen Einheitssteuersatz von 19 Prozent. Tatsächlich benutzen multinationalen

Unternehmen über die neuen EU-Grenzen hinaus: Nicht nur wir sollen mit den niedrigen Löhnen in Polen oder der Slowakei erpresst werden. Die ArbeiterInnen dort werden genauso mit den noch niedrigeren Löhnen in Rumänien oder Bulgarien erpresst.

Dagegen hilft nicht Nachgeben, sondern Widerstand. Jetzt schon trägt die wachsende Kontrolle der Wirtschaften der Beitrittsländer durch deutsche und andere westeuropäische Konzerne zur steigenden Opposition der Bevölkerung gegen die EU bei.

Die wachsende Kluft zwischen der Politik der Parteien und der Stimmung der Bevölkerung führt zu massiver Instabilität. In Polen ist fraglich, ob die jetzigen Regierungsparteien im nächsten Parlament überhaupt vertreten sein werden. Neue Par-

teien werden gebildet, die vor den Wahlen das Blaue vom Himmel versprechen und nach den Wahlen vor der neoliberalen Politik kapitulieren und bei der darauffolgenden Wahl fortgejagt werden.

Die EU-Kommission will mehr Geld von den Mitgliedsländern; aber dagegen laufen viele reiche EU-Länder (die Schröder-Regierung allen voran) Sturm. 2004 bis 2006 sollen die Beitrittsländer netto 25 Milliarden Euro bekommen. Verglichen mit den Zahlungen für das viel kleinere Ostdeutschland ist das lächerlich und auch die waren offensichtlich viel zu niedrig (abgesehen davon, dass in beiden Fällen ein Großteil des Geldes in die Taschen westlicher Konzerne fließt und nicht bei der Bevölkerung ankommt).

Die wachsende Kluft zwischen der Politik der Parteien und der Stimmung der Bevölkerung führt zu massiver Instabilität. In Polen ist fraglich, ob die jetzigen Regierungsparteien im nächsten Parlament überhaupt vertreten sein werden. Neue Par-

teien werden gebildet, die vor den Wahlen das Blaue vom Himmel versprechen und nach den Wahlen vor der neoliberalen Politik kapitulieren und bei der darauffolgenden Wahl fortgejagt werden.

Die EU-Kommission will mehr Geld von den Mitgliedsländern; aber dagegen laufen viele reiche EU-Länder (die Schröder-Regierung allen voran) Sturm. 2004 bis 2006 sollen die Beitrittsländer netto 25 Milliarden Euro bekommen. Verglichen mit den Zahlungen für das viel kleinere Ostdeutschland ist das lächerlich und auch die waren offensichtlich viel zu niedrig (abgesehen davon, dass in beiden Fällen ein Großteil des Geldes in die Taschen westlicher Konzerne fließt und nicht bei der Bevölkerung ankommt).

## Welche Wahl haben wir?

**Am 13. Juni sind Europawahlen. Viele ArbeiterInnen, Erwerbslose und Jugendliche fragen sich angesichts der Bedeutungslosigkeit des Europaparlaments zu recht, welchen Sinn diese Wahl macht.**

von Sascha Stanicic, Berlin

Zur Wahl stehen die Sozialabbauer aus den Bundes- und Landesregierungen, Rechtsextremisten und kleine, unbedeutende Gruppierungen. Man kann es niemandem verdenken, wenn er oder sie nicht an der Europawahl teilnimmt oder ungültig wählt. Die SAV sagt: keine Stimme den Rechten und den Regierungsparteien SPD, Grüne, CDU / CSU, FDP und PDS. Der Sozialabbau und die gewerkschaftsfeindliche Politik des „rot-roten“ Senates in Berlin sollte nicht durch eine Stimmabgabe für das vermeintlich kleinere Übel PDS akzeptiert werden.

Leider wurde die bundesweite Initiative für eine neue Partei, die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, zu spät gegründet, um bei diesen Wahlen antreten zu können. Manche werden der Meinung sein, dass man an den Wahlen teilnehmen muss, um die Rechtsextremisten zu schwächen. Es ist verständlich, wenn aus dieser

Erwägung heraus ArbeiterInnen und Jugendliche für eine der kleinen linken Kandidaturen stimmen. Die linken Kandidaturen sind aber völlig bedeutungslos, haben keine Verankerung in der Arbeiterklasse und weder Aussicht auf einen Wahlerfolg noch darauf, starke sozialistische Arbeiterorganisationen aufzubauen. Aus unserer Sicht bietet keine der antretenden linken Listen ein Programm und eine Perspektive für den Widerstand der Arbeiterklasse und der Jugend gegen die kapitalistische Sozialkassenschlagpolitik und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm. Ein Wahlauftritt für eine dieser Listen kommt für die SAV daher nicht in Frage.

Wir rufen dazu auf, sich aktiv in den Widerstand im Betrieb, in den Gewerkschaften und auf der Straße einzubringen und diesen europaweit gemeinsam mit den Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen der anderen Länder zu führen. Wir rufen dazu auf den Diskussionsprozess über die Bildung einer neuen Linkspartei voran zu treiben und treten dann dafür ein, eine neue kämpferische und demokratische Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm aufzubauen. Wir rufen jeden und jede dazu auf, in der SAV für eine sozialistische Zukunft aktiv zu werden.

Ihr da oben...



## Erst überfallen, dann ausgeraubt

Im Mai, nachts, im Kölner Stadtteil Kalk: Ein 59-jähriger Mann wird von zwei Männern niedergeschlagen. Gewaltsam versuchen sie ihm seine Geldbörse zu entwenden. Der Mann wehrt sich, bis ein Passant die Angreifer vertreibt. Sein Portemonnaie, darin 15 Euro, hat er erfolgreich verteidigt. Verletzt wird das Opfer mit einem Krankenwagen in ein Krankenhaus gebracht und dort in der Notaufnahme behandelt. Anschließend kann er mit nur noch fünf Euro den Heimweg antreten. Dem zuvor musste er 10 Euro Praxisgebühr bezahlen.

Fazit: Die einen arbeiten mit den Fäusten, die anderen mit Gesetzen. Die mit den Gesetzen sind erfolgreicher. (Bericht nach Kölner Stadtanzeiger, 5. Mai 04)

## Reallohnverlust und Milliardenprofite

Seit 1991 sanken die Einkommen von ArbeitnehmerInnen real um 4,1 Prozent. In der gleichen Zeit konnten die Kapitalgesellschaften ihre Nettogewinne um 90 Prozent steigern. So konnte zum Beispiel Siemens allein 2003 den Gewinn um 47,2 Prozent steigern. Dafür wurden seit 2002 67.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Aussichten sind weiter fantastisch. So schreibt die Welt am Sonntag (8. Februar 04): „Die Gewinne der deutschen Großunternehmen werden in diesem Jahr drastisch steigen. Geht es nach den Prognosen der Analysten, können die 30 im deutschen Aktienindex zusammengefassten Unternehmen zum Jahresende 2004 ein Ertragsplus von gewaltigen 47 Prozent in ihre Bücher schreiben.“

## Verhungern im Heim

Mediziner schlagen Alarm: In deutschen Altenheimen herrschen zum Teil katastrophale Zustände. Leidtragende sind vor allem alte pflegebedürftige Menschen: Bis zu 40 Prozent erhalten zu wenig Nahrung, die Hälfte davon droht sogar zu verhungern. (Spiegel Online, 29. April 04)

## Fernsehgebühren von Blinden

Geht es nach den Regierungen der Bundesländer, dürfen die Gebührenfahnder der GEZ bald auch bei behinderten Radio- und TV-Konsumenten klingeln. Um die bevorstehende Erhöhung der Rundfunkgebühren möglichst niedrig zu halten, planen die Länder, die generelle Befreiung Behinderter fallen zu lassen. Auch Blinde sollen in Zukunft TV-Gebühren zahlen müssen. (Spiegel Online, 5. Mai 2004)

## Ein Drittel im Niedriglohsektor

Rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland, das sind 6,3 Millionen Personen, erhalten einen Niedriglohn, also weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes. Mit einem Lohn von weniger als 50 Prozent (Armutslohne) müssen rund 2,1 Millionen Arbeitnehmer (gut 12 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten) auskommen. Das geht aus einer Studie hervor, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchführte.



... wir hier unten

## Länger arbeiten für weniger Lohn bei VW

Peter Hartz, Personalvorstand von Volkswagen, hat sich bereits mit massiven Sozialkalkulationen als Vorsitzender der „Hartz-Kommission“ einen Namen gemacht. Aber auch für die kommende Tarifrunde (ab dem 17. August) bei Volkswagen (Haustarifvertrag) hat er Forderungen aufgestellt, welche den Lebensstandard der Arbeiterinnen und Azubis zugunsten der Aktionärsprofite senken sollen. „Die Arbeitskosten müssen bis zum Jahr 2011 um rund 30 Prozent runter“, fordert er.

von Sebastian Dalfuß,  
Azubi bei VW Baunatal

Im Detail sehen die Pläne so aus: Kopplung der Löhne an das „Unternehmensergebnis“ (schreibt VW niedrigere Gewinne, so können die Löhne um bis zu 30 Prozent fallen, ansonsten Nullrunde), „demographische“ Arbeitszeiten (deutlich längere Arbeitszeiten für Jüngere) und Zahlung von Überstundenzuschlägen erst ab der 40. Wochenstunde (bis 400 Überstunden im Jahr ohne Zuschläge). Des Weiteren will der Konzern während Weiterbildungen nur die Hälfte des Lohnes zahlen und auch Teile der Weiterbildung in die Freizeit legen. Auch bei der Bezahlung der Pausen soll sich einiges verschlechtern.

Hartz will damit „den Zug erst anrollen lassen“; er hat schon größeres im Sinn, nämlich einen europaweiten Haustarifvertrag, der zum Beispiel auch ein polnisches Lohnniveau in Deutschland erlauben soll.

Leider gibt es auch Gewerkschaftsfunktionäre, wie den hannoverschen IG-Metall-Chef Meiner, der die Vorschläge zur demographischen Arbeitszeit und Weiterbildung als „durchaus verhandlungsfähig“ bezeichnet. Gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohndumping kann man sich aber wehren, nämlich mit dem vollen Einsatz der Kampfkraft der zu fast 100 Prozent gewerkschaftlich organisierten Kollegen!

## Wilde Streiks bei Ford

30 Jahre nach dem großen wilden Streik bei Ford in Köln, hatten im November 2003 mehr als 1.000 Kollegen für zweieinhalb Tage die Brecken hingeschmissen. Am 21. April 2004 kam es erneut zu einer spontanen Arbeitsniederlegung von einigen hundert KollegInnen der Nacht- und Frühshift in der Endmontage. Beide Male standen die Bänder komplett still.

Hintergrund des Konflikts ist die immense Unzufriedenheit der KollegInnen mit enormem Leistungsdruck bei gleichzeitigem Personalabbau über Aufhebungsverträge. Seit Wochen müssen statt bisher 1.600 Fiestas in drei Schichten 1.800 montiert werden. Und obendrauf wird die letzte Tarifierhöhung mit übernatürlichen Leistungen verrechnet und das Weihnachtsgeld gekürzt.

Die KollegInnen verlangen vor allem eine Drosselung des Produktionstempo. Sie wollen die Bandgeschwindigkeit überprüfen und es selber bei zu hoher Geschwindigkeit abschalten.

## Netzwerk verdi

SAV-Mitglieder sind mit aktiv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische verdi“. Das verdi-Netzwerk hat ein Flugblatt und eine neue Zeitung zu den aktuellen Angriffen im öffentlichen Dienst und Vorschläge für gewerkschaftliche Gegenwehr herausgebracht.

Das Material kann abgerufen werden unter [www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)

Man stelle sich vor, vor 20 oder noch vor zehn Jahren hätten Bund, Länder und Kommunen eine 20- bis 30-prozentige Lohnabsenkung und obendrein noch einhalb bis dreieinhalb Stunden längere Arbeitszeiten verlangt. Die Gewerkschaften hätten umgehend Kampfmaßnahmen beschlossen. Wo bleibt die Gegenwehr heute?

von Ursel Beck, Stuttgart

Bund und Länder haben bereits im letzten Jahr den BeamInnen die Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden erhöht – unbezahlt – und gleichzeitig das Urlaubsgeld ganz und das Weihnachtsgeld stark gekürzt. Im Sommer 03 kündigten Bund und Länder die Tarifverträge für Weihnachts- und Urlaubsgeld. Darauf gab es nicht mal eine Spur von gewerkschaftlichem Widerstand. Dadurch ermutigt gingen die Länder noch einen Schritt weiter und kündigten Ende März die Tarifverträge zur Arbeitszeit. Neueingestellte haben bereits keinen Anspruch mehr auf die 38,5-Stunden-Woche, auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Hessen ist sogar zum 31. März aus der Tarifgemeinschaft des öffentlichen Dienstes ausgetreten.

Die Kommunen versuchen ver.di im Rahmen der derzeitigen Verhandlungen zur Reform des Flächentarifvertrags mit der Drohung der Kündigung der Tarifverträge zu erpressen. Die Arbeiterwohlfahrt hat ebenfalls die Tarifverträge zum 31. März gekündigt.

## Was macht verdi?

Und was macht ver.di – die größte Einzelgewerkschaft der Welt mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern im öffentlichen Dienst?

Bsirske redete von einer „fundamentalen Kampfansage“ und einer „Durchbruchschlacht für eine Arbeitszeitverlängerung in der gesamten Volkswirtschaft“. Den Beschäftigten riet Bsirske, „sich auf die Auseinandersetzung entsprechend vorzubereiten“. Allerdings gibt es keine Spur von Kampfvorbereitung durch die ver.di-Führung. Im Gegenteil. In den Tarifinformationen an Funktionäre und Mitglieder wird die Kündigung der Tarifverträge für die Landesbeschäftigten völlig heruntergespielt. ver.di: „Nur wer nach dem 1. Mai 2004 eingestellt wird, besitzt diesen



# Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub

Die Zeit drängt, die Angriffe im öffentlichen Dienst abzuwehren

Schutz nicht. Da dies aber derzeit kaum geschieht, bleibt auch der Spureffekt bloßer Vorwand.“

Faktisch ist es aber so, dass zum Beispiel alle Beschäftigten mit Zeitvertrag, KollegInnen mit Bewährungsaufstieg und alle, die aus irgendeinem Grund einen neuen Arbeitsvertrag bekommen, betroffen sind. Da es bekanntlich in den Krankenhäusern eine relativ hohe Fluktuation gibt, dürfte in den landeseigenen Uni-Kliniken bald ein beachtlicher Teil der Belegschaft längere Arbeitszeiten haben und gezwungen werden auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten.

Nach Angaben der Landesregierung in Niedersachsen wurden allein in Niedersachsen im letzten Halbjahr 14.000 Arbeitsverträge mit gekürztem Weihnachts- und Urlaubsgeld abgeschlossen.

Ein Kollege des Statistischen Landesamtes in Stuttgart berichtete bei einer Protestveranstaltung, dass in seinem Amt alleine im Mai insgesamt 20 Beschäftigte Arbeitsverträge mit verlängerter Arbeitszeit bekommen haben.

Jeder Monat, der kampflös ins Land zieht, erhöht die Zahl der Beschäftigten mit 40-, 41- oder 42-Stunden-Verträgen und ohne Sonderzahlungen.

## Ermutung für Arbeitgeber

Mit dem Ausbleiben von Kampfmaßnahmen ermutigt ver.di andere Arbeitgeber zu Angriffen auf die Arbeitszeit. Ein ver.di-Sekretär berichtete Anfang Mai in Stuttgart, dass in den letzten Wochen in mehreren privaten Kliniken Haustarifverträge mit 41-Stunden-Woche – in einem Fall sogar mit der 42-Stunden-Woche – abgeschlossen worden wären. Die Hannoverische Landeskirche ist inzwischen ebenfalls auf den Zug aufgesprungen und will die Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden erhöhen und das Weihnachtsgeld halbieren.



Am 14. Mai sprachen Ministerpräsident Teufel und CDU-Chefin Merkel in Stuttgart. Landesbeschäftigte und andere DemonstrantInnen nutzten die Gelegenheit, um gegen die Arbeitszeitverlängerung zu protestieren.

Wenn die Gewerkschaften nicht kämpfen, sehen Belegschaften solcher Bereiche erst recht keine Perspektive für Gegenwehr und sind um so leichter erpressbar.

## Prozessvereinbarung

Katastrophalweise verhandelt ver.di mit Bund und Kommunen weiter über die „Tarifreform des öffentlichen Dienstes“ (Prozessvereinbarung). Dabei geht es Bund und Ländern erklärtermaßen darum, bei diesen Verhandlungen massive Personalkostensenkungen zu erpressen. Sie drohen damit, im September notfalls ebenfalls die Tarifverträge zur Arbeitszeit zu kündigen, wenn ver.di nicht zu weitgehenden Zugeständnissen bereit ist. Anstatt diese erpresserische Politik anzuprangern, lobt ver.di Bund und Kommunen, dass sie noch nicht aus den Tarifverträgen ausgestiegen sind und mit ver.di weiter verhandeln. Unerwähnt bleibt dabei, dass die Kündigung durch die Länder in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen bereits alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes trifft. Alle bisher von der ver.di-Führung eingenommenen Positionen und angekündigten Zugeständnisse bei der Prozessvereinbarung laufen auf einen Ausverkauf der Mitgliederinteressen hinaus. Das kann nur verhindert werden, wenn sich die Basis aktiv einschaltet.

Es muss ein Kampf geführt werden um den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit Bund und Kommunen. Bei den Ländern gibt es keine Friedenspflicht mehr. Urabstimmung und bundesweite Streiks bei den Landeseinrichtungen sind jetzt nötig.

## Erfolgreiche Gegenwehr

Viele Gewerkschaftsfunktionäre betonen immer wieder den niedrigen Organisationsgrad bei den Landesbeschäftigten und dass ein Streik bei den Landesbeschäftigten keinen ökonomischen Druck ausüben könne. Dem gilt es zu wider-

sprechen. Der Organisationsgrad wird nur dann steigen, wenn ver.di einen offensiven Streik führt. Die ökonomische Wirkung eines Streikes von Landesbeschäftigten könnte bereits jetzt ganz legal demonstriert werden, wenn in Berlin, Hamburg und Bremen der öffentliche Dienst streikt. Allein die Feuerwehrlaute der Flughäfen können den Flugverkehr in diesen drei Großstädten komplett lahm legen und innerhalb kürzester Zeit enorme Wirkung entfalten.

Wenn ein solcher Streik der Landesbeschäftigten unterstützt wird von Solidaritätsstreiks in allen anderen Kommunen und bei den Beschäftigten des Bundes würde eine enorme Gegenmacht aufgebaut.

Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub betrifft aber nicht nur den öffentlichen Dienst. Bosch, Siemens, Daimler und die Bundesbahn wollen ebenfalls die Arbeitszeit verlängern und die Löhne kürzen.

Deshalb wäre ein gemeinsamer Streik aller DGB-Gewerkschaften und aller Betriebe an einem Tag das Gebot der Stunde. Eine neue Sommerpause können sich allenfalls die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften leisten, nicht jedoch die abhängig Beschäftigten.

Ursel Beck ist gewerkschaftspolitische Sprecherin der SAV

## Lohndumping bei Leverkusener Busfahrern

Interview mit Alois Skrbina

Seit dem 9. Januar streiken in Leverkusen 80 BusfahrerInnen der Herweg-Bus-Betriebe (HBB) für einen „Einstieg“ in den Spartentarifvertrag. Die HBB ist eine Tochterunternehmen des öffentlichen Verkehrsbetriebs der Kraftwerk Wupper-Sieg AG (KWS). Diese wiederum gehört zu je 50 Prozent der Stadt Leverkusen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Geschäftsführung ist bisher zu keinen Verhandlungen bereit.

Aussage des Geschäftsführers: „Die können streiken, bis sie schwarz werden“. Die HBB bezahlt ihre Fahrer nach einem Tarifvertrag der christlichen Gewerkschaft GÖD, die kein einziges Mitglied in dem Betrieb hat. 90 Prozent der Fahrer sind ver.di-Mitglieder, 95 Prozent stimmen für Streik. Der GÖD-Tarifvertrag bedeutet für die Busfahrer 1.200 Euro brutto Regelverdienst.

**Solidarität** interviewte Alois Skrbina, einst bei den Essener Verkehrsbetrieben und jetzt bei einem Tochterunternehmen beschäftigt und dort Betriebsratsmitglied. Die Essener Verkehrsbetriebe waren Vorreiter bei der Einführung des Spartentarifvertrags. Alois ist auch Mitglied im Sprecherstab des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische verdi“. Er ist aktiv in der Solidaritätsarbeit für die streikenden Busfahrer in Leverkusen.

Das Interview führte Ursel Beck

**In der ganzen Auseinandersetzung geht es letztlich um den Spartentarifvertrag für den öffentlichen Nahverkehr. Die Kollegen der HBB kämpfen um den Spartentarifvertrag. Du hast gegen seine Einführung bei den Essener Verkehrsbetrieben gekämpft – warum?**

Ich habe im Jahr 2001 gegen die Einführung des Spartentarifvertrages Nahverkehr bei der Essener Verkehrs AG gekämpft, weil dieser gegenüber den bis dahin geltenden BMT-G [Flächentarifvertrag für Ar-

beiterInnen im öffentlichen Dienst] wesentliche Verschlechterungen enthält. Allein elf freie Tage wurden nach Einführung des TV-N [Spartentarifvertrag öffentlichen Nahverkehr] gestrichen. Mein Kampf blieb damals allerdings erfolglos, weil man mich von einer ver.di-Mitgliederversammlung, auf der über die Einführung des TV-N abgestimmt wurde, ausschloss und anschließend ein Ausschlussverfahren aus ver.di gegen mich einleitete.

**ver.di-Funktionäre verteidigen den Spartentarifvertrag mit dem Argument, dass damit die Chance besteht, die noch schlechteren Tarife bei den privaten Busbetrieben auf ein höheres Niveau zu bringen. Was ist Deine Bilanz von zweieinhalb Jahren Spartentarifpolitik von ver.di?**

Dieses Argument von ver.di wird nicht aufgehen, denn wo immer die Arbeitgeber die Möglichkeit haben einen schlechteren Tarifvertrag anzuzuwenden, werden sie dies tun. Leverkusen ist hierfür das beste Beispiel. Im Ergebnis werden also nur die öffentlichen Verkehrsbetriebe

ihre Tarifverträge nach unten angleichen und die Privaten werden ihre schlechten Tarife beibehalten. Der Gesetzgeber könnte hier aber Abhilfe schaffen, indem er den TV-N für allgemeinverbindlich erklären würde, denn dann müssten wirklich alle Verkehrsbetriebe den TV-N anwenden.

**Was müsste Deiner Meinung nach von ver.di getan werden, um den Streik bei der HBB zu einem Erfolg zu machen?**

Ich bin mir sicher, dass es zu wesentlich größeren Solidaritätsmaßnahmen kommen würde, wenn ver.di diesen Streik bundesweit bekannt machen würde. Ich würde aber auch den rechtlichen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, denn die HBB werden hier einen Tarifvertrag der GÖD an, obwohl nicht ein einziger Mitarbeiter der GÖD angehört. Dies verstößt eindeutig gegen das Tarifvertragsgesetz, welches besagt, dass nur beiderseitig tarifgebundene Tarifvertragsparteien tariffähig sind. Und im vorliegenden Fall fehlt auf Arbeitnehmerseite eindeutig die Tarif-

bindung durch die GÖD. Eine rechtliche Klärung durch das Arbeitsgericht wäre meines Erachtens daher angebracht.

Ich verstehe auch nicht, warum eine solche rechtliche Klärung durch ver.di nicht schon längst durchgeführt wurde. Ich habe diese Frage auf der Kölner Solidaritätsveranstaltung auch schon an den Betriebsrat der HBB gerichtet, der mir aber hierauf auch keine Antwort geben konnte, weil er von ver.di diesbezüglich immer nur ausweichende Antworten erhält.

Eine Feststellungsklage beim Arbeitsgericht wäre aber auch durch die betroffenen Arbeitnehmer zulässig. Auch dies habe ich dem Betriebsrat der HBB mitgeteilt. Ich kann ehrlich gesagt nicht verstehen, warum dies bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgt ist. Ich kann den streikenden Leverkusener BusfahrerInnen daher auch an dieser Stelle nur noch einmal raten, versucht auch diesen Weg.

Zum Abschluss möchte ich den streikenden KollegInnen in Leverkusen nochmal meine Solidarität aussprechen und ihnen ein gutes Gelingen wünschen.

Preis: 0,50 €  
Förderpreis: 1 €

# Neue Partei für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen aufbauen



Brauchen wir eine neue Partei? Die Frage sollte man anders stellen: Warum haben wir noch immer keine neue Partei? Heute haben wir nur die Wahl zwischen Pest und Cholera

In den letzten Monaten entstanden mehrere Initiativen für den Aufbau von Wahlalternativen zum Einheitsbrei der etablierten Parteien. Von überregionaler Bedeutung sind die „Wahlalternative“ und die Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, an denen sich vor allem Funktionäre von ver.di und IG Metall beteiligen. Diese beiden Initiativen haben sich inzwischen zusammengetan. In Chemnitz, Sachsen, haben Betriebsräte und der örtliche IG-Metall-Bevollmächtigte die „Wahlalternative Perspektive“ gegründet. Außerdem treten einige weitere linke Wahlbindnisse bei den anstehenden Kommunalwahlen an.

Für die SAV ist der Aufbau einer neuen Partei längst überfällig – schon lange vor der Agenda 2010. Unserer Meinung nach muss die neue Partei eine Arbeiterpartei sein.

von Georg Kümmel, Köln

Was verstehen wir unter einer Arbeiterpartei? Eine Partei, die kompromisslos die Interessen aller Arbeiterinnen und Arbeiter vertritt: IndustriearbeiterInnen, Angestellte, die meisten Beamten – alle, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Ein Problem ist, die meisten können sich unter einer Arbeiterpartei nicht vorstellen. Kein Wunder, denn die Zeiten, als die SPD eine Arbeiterpartei war, liegen im vorletzten Jahrhundert. Fast das ge-

samte letzte Jahrhundert war sie nur noch eine Partei mit Arbeiterbasis aber bürgerlicher Führung. Heute ist sie eine durch und durch kapitalistische Partei. Das sagt sie natürlich nicht und liegt damit auch in diesem Punkte auf einer Linie mit CDU / CSU, FDP und Grünen. Alle tun so, als suche man nach der richtigen Politik zum Wohle des ganzen Volkes, für Unternehmer und Beschäftigte.

Man streitet sich nur noch darum, ob man den Spitzensteuersatz in zwei oder drei Schritten senkt oder ob man die Arbeitszeit erst auf 41 oder gleich auf 42 Stunden erhöht. Alle sagen: am Ende, wenn die „Reformen“ ihre Wirkung entfaltet haben, winken bessere Zeiten – und zwar für alle. Doch das Ergebnis ist das Gegenteil: die Wirtschaft stagniert oder rutscht noch tiefer in die Krise, die Arbeitslosigkeit steigt, die Reichen werden reicher, alle anderen ärmer.

## Klassengesellschaft

In Wahrheit machen die etablierten Parteien nämlich ihre Politik nur im Interesse eines kleinen Teils der Bevölkerung. Im Interesse der Besitzenden, der Banken, Konzerne, Großaktionäre, Millio-

näre, Milliardäre. Die Interessen dieser Schicht, genauer dieser Klasse, sind aber den Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen, Armen entgegengesetzt.

Die Behauptung, dass das nicht so wäre, stand am Beginn der Rechtsentwicklung von SPD, Grünen und PDS.

Unsere Gesellschaft ist geteilt, im wesentlichen in zwei Klassen mit unterschiedlichen Interessen, die man nicht unter einen Hut bringen kann. Streik für höhere Löhne, Finanzierung des Gesundheitswesens und der Rente, die Frage der Besteuerung; das sind kein Streitfragen um den besten Weg für beide Seiten. Es ist ein Streit um die Frage: wer bekommt welchen Anteil von dem, was die Beschäftigten erwirtschaftet haben.

Aus dieser Erkenntnis, dass nämlich die ArbeiterInnen ihre Interessen haben und die Unternehmer ganz andere, ist ja die SPD als Arbeiterpartei gegründet worden.

Eine Partei, die von sich behauptet die Interessen aller Teile unserer Gesellschaft zu vertreten, ist ein Widerspruch in sich. Partei kommt von pars, dem Teil. In einer geteilten Gesellschaft kann keine Partei und hat noch nie eine

Partei zum Wohle aller gehandelt.

## Aufgaben einer neuen Partei

Die breite Masse der Bevölkerung hat keine politische Interessenvertretung. Bei öffentlichen Debatten, in den Medien und bei Abstimmungen in den Parlamenten kommen die Bedürfnisse, Anliegen und Nöte der Beschäftigten, Erwerbslosen und ihrer Angehörigen nicht vor. In welcher Zeitung, Talkrunde, Parlamentsdebatte hat jemand die Tatsache bekannt gemacht, dass ein Einkommensmillionär durch die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ab nächstem Jahr 8.800 Euro im Monat geschenkt bekommt, während Arbeitslosenhilfebezieher ab dem selben Zeitpunkt von 345 (West) beziehungsweise 331 Euro (Ost) im Monat leben sollen?

Was müsste, was könnte eine neue Partei tun? Sie müsste zu aller erst mal die Interessen der breiten Mehrheit zum Ausdruck bringen. Sie müsste eine umfassende Antwort auf die neoliberale Ideologie anbieten.

Sie müsste Alternativen zur jetzigen Politik aufzeigen. Sie sollte in ihren Reihen über gesellschaftliche Alternativen zum kapitalistischen Krisensystem diskutieren. Die Mitglieder einer neuen Partei soll-

ten auf regelmäßigen Treffen über politische Fragen sprechen und Antworten erarbeiten. Sie könnte ihre Gegenvorschläge bekannt machen: unter Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, im Bekanntheitskreis, vor dem Arbeitsamt, an Infoständen in den Stadtteilen. Sie könnten ihre Argumente und Alternativen in Betriebsversammlungen, auf Vertrauensleutekonferenzen und Gewerkschaftsversammlungen vorbringen. Sie sollte bei allen Wahlen kandidieren und damit den gordischen Knoten (verliert die SPD, dann gewinnt die CDU) zerschlagen.

Sie müsste gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen und Druck erzeugen. Sie sollte selbst zu einer Kraft in den Kämpfen in der Gesellschaft, zum vorwärtstreibenden Teil von Protestbewegungen und Klassenkämpfen werden.

Die SAV ist der Ansicht, dass diese Fragen von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Projektes „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sind. Nur wenn der Widerstand gestärkt wird, die heutigen Machtverhältnisse grundlegend in Frage gestellt werden und ArbeiterInnen und Jugendliche in großer Zahl einbezogen sind, dann könnten die Privatisierer, Derogulierer und Umverteiler auf Dauer erfolgreich geschlagen werden.

In welcher Zeitung, Talkrunde, Parlamentsdebatte hat jemand die Tatsache bekannt gemacht, dass ein Einkommensmillionär durch die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ab nächstem Jahr 8.800 Euro im Monat geschenkt bekommt, während Arbeitslosenhilfebezieher ab dem selben Zeitpunkt von 345 (West) beziehungsweise 331 Euro (Ost) im Monat leben sollen?



Klaus Ernst bei einer Kundgebung gegen Sozialabbau am 9. Dezember 2003 vor 5.000 Beschäftigten

Du hast in Schweinfurt in den vergangenen Jahren Protestkundgebungen während der Arbeitszeit organisiert. Wie war die Resonanz?

Die Resonanz war sehr gut. Bereits im Dezember 2002 haben Kolleginnen und Kollegen der Betriebe SKF, Kugelfischer und Sachs auf den Aufruf der IG Metall Schweinfurt hin gegen die Rentenpläne der rot-grünen Bundesregierung während der Arbeitszeit protestiert. Im Juni haben wir dann Protestkundgebungen gegen die Agenda 2010 und im Frühjahr 2004 gegen die Agenda 2010 und zusätzlich gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie durchgeführt. Die Beteiligung der Beschäftigten der drei Betriebe war jedes Mal ausgezeichnet. Es beteiligten sich immer 4.000 bis 5.000 Kollegen.

Unsere Aktionen würde ich nicht als poli-

## „Wir brauchen eine Partei, die die Interessen der Gewerkschafter wieder vertritt“

Interview mit Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt und einer der Initiatoren der ASG („Arbeit und soziale Gerechtigkeit“). Das Gespräch führte Lucy Redler am 4. Mai

tische Streiks, sondern als Protestkundgebungen bezeichnen. Wenn es damit rechtliche Probleme gibt, muss man entweder die geltende Rechtsprechung ändern oder sie umgehen, indem eben nicht die Gewerkschaft zum Protest aufruft, sondern eine Arbeitsniederlegung von unten organisiert wird.

Steht ein Generalstreik gegen die rot-grünen „Reform“-Vorhaben oder gar gegen die Regierung selbst in Deutschland auf der Tagesordnung?

Vor dem Begriff des Generalstreiks würde ich warnen. Wahrscheinlich würde ein solcher Aufruf nicht in allen Betrieben flächendeckend befolgt werden. Dies könnte dann gegen uns benutzt werden. Deshalb sollten wir versuchen, in all den Betrieben, in denen wir Arbeitsniederlegungen für möglich halten, und das könnten viele sein, aufzurufen und bundesweit zur selben Zeit Protestkundgebungen durchzuführen.

Generell geht es jetzt erstens darum, die Massenbasis auszudehnen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen und Arbeitsniederlegungen oder auch eine bundesweite Großdemo durchzuführen. Zweitens ist es wichtig, stärker unsere politischen Inhalte und Alternativen zu diskutieren. Drittens müssen wir aber sehen, dass wir, wenn die Politik der SPD sich nicht ändert, eine neue Partei brauchen, die die Interessen der Gewerkschaften wieder vertritt. Diese drei Punkte könnten mehr bewirken als nur ein Punkt davon und wären die Voraussetzung dafür, dass eine politische Alternative möglich wird.

Du hast vor kurzem mit anderen die „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet. Ihr behaltet Euch vor, eine neue Partei links von SPD und Grünen zu gründen.

Mit dem „links von SPD“ und den alten Schemata links / rechts habe ich gene-

rell Probleme. Was wir wollen, ist eine neue Partei, die im Interesse der Arbeitnehmer und des Landes ist, die das Sozialstaatsprinzip neu belebt und verteidigt. Eine solche Partei spricht aber nicht nur Menschen links von der SPD an, sondern selbst CDUler. Die Themen Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit sind nicht links, sondern treffen die Mitte der Gesellschaft.

Ihr wollt also keinen Klassenstandpunkt beziehen?

Doch, natürlich. Die Angriffe betreffen ja in erster Linie Arbeitnehmer. Wir wollen aber trotzdem möglichst viele Menschen einbeziehen.

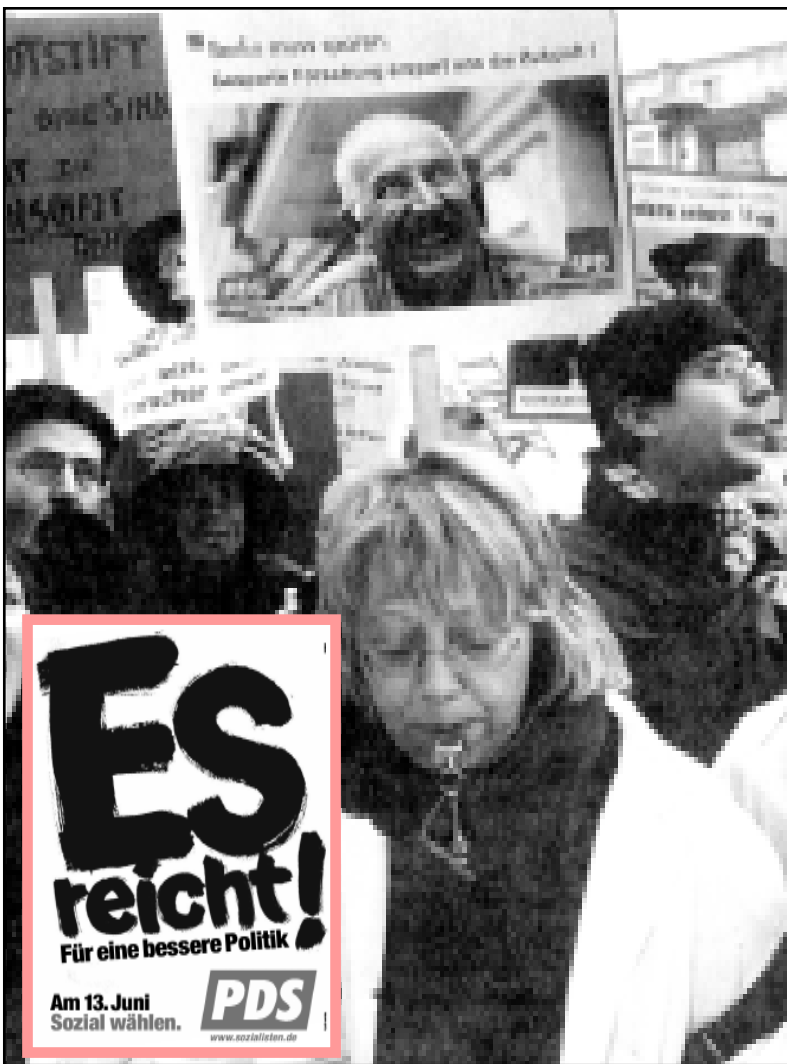
Wie schätzt Du die Rückwirkung einer solchen Partei-Neugründung auf die Politik der Gewerkschaften ein?

Gewerkschaften müssen parteipolitisch neutral, also eigenständig und unabhängig sein. Für die Gewerkschaften würde es

aber leichter sein, wenn es eine Partei gebe, die soziale, gewerkschaftliche Themen öffentlich anspricht. Eine solche Partei könnte ein besserer Bündnispartner sein.

Würde dies den Prozess des Bruchs der Gewerkschaften mit der SPD beschleunigen?

Die SPD ist genau wie die CDU nicht homogen. Teile der SPD-Basis lehnen den Kurs der Parteispitze ab, verbleiben aber trotzdem in der SPD. Andere unterstützen den Kurs aber auch. Die SPD wird sich in Zukunft bemühen müssen, wieder zurück zu ihren Traditionen zu gelangen. Im nächsten halben Jahr ist nicht davon auszugehen, dass sich die Politik der SPD wesentlich ändert. Deshalb erscheint die Gründung einer neuen Partei notwendig. Es kann dann Jahre oder vielleicht sogar ein Jahrzehnt dauern, bis die SPD wieder glaubwürdig werden und sich in Richtung Sozialstaatlichkeit bewegen würde.



Schizophrenie à la PDS: Europa-Wahlkampf unter dem Motto „Sozial wählen“, gleichzeitig Sozialkassenschlag in Berlin: Kürzungen bei der Bildung (Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Studiengebühren, Erhöhung der Kita-Gebühren etc.) oder im Sozialbereich (Streichung vom Sozialticket, Privatisierung städtischer Wohnungen etc.), darüber hinaus Demontage des Flächentarifvertrags...

# Good bye, Gregor

PDS – Über das Scheitern einer trügerischen Hoffnung

Lothar Bisky, PDS-Bundesvorsitzender, und Gregor Gysi, immer noch bekanntester PDS-Politiker, können sich trösten: Die PDS hat es geschafft, sie hat die Aufholjagd an die SPD fast gewonnen. Zwar nicht hinsichtlich der Wahlergebnisse, aber zumindest hinsichtlich der prozentualen Verlustraten bei der Mitgliederentwicklung. Alleine im ersten Quartal 2004 verlor die PDS alleine durch Austritte schätzungsweise rund 1.800 Mitglieder. Bereits im letzten Jahr verließ nahezu die gesamte „Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft“ des Düsseldorfer PDS-Kreisverbandes die Partei, in Bremen trat faktisch fast der gesamte ehemalige Landesvorstand aus.

von Jörg Fischer, Köln

Überraschen kann diese Entwicklung nicht, ebenso wenig, dass die PDS bei den brandenburgischen Kommunalwahlen rund 42 Prozent der WählerInnen verloren hat und auch bei den Wahlen in Hamburg dort, wo sie unter eigenem Namen antrat, völlig unterging.

Die PDS verliert nicht nur in immer größerem Ausmaß Mitglieder, sie wird von den Menschen, die immer stärker in Bewegung geraten und auf der Suche nach einer Alternative sind, nicht als eine solche zu den herrschenden neoliberalen Einheitsparteien angesehen.

## Antikapitalistisch?

Entgegen allen Wünschen und Hoffnungen vieler, die in und bei der PDS aktiv waren, war die PDS nie eine tatsächliche grundlegende Alternative zu den Parteien der Banken und Konzerne. Sicher gab es, gerade in den ersten Jahren und gerade in den westlichen Verbänden, positive Ansatzpunkte. Gleichwohl hatte die Partei zu keinem Zeitpunkt einen klaren Bruch mit ihrer SED-Vorgängerpartei und auch nicht mit dem kapitalistischen System vollzogen.

Das neue Programm bringt es noch deutlicher als das alte zum Ausdruck: Für die PDS ist der Sozialismus, also eine sozial gerechte und emanzipatorische Gesellschaft, keine Alternative zur kapitalistischen, auf Ausbeutung und Ausgrenzung beruhenden Gesellschaft. Für sie ist Sozialismus eine nebulöse „Vision“, eine schwammige „Bewegung“ innerhalb des Kapitalismus – aber nicht um ihn zu überwinden, sondern um ihn „humaner zu gestalten“. Gleichzeitig bekennt sie sich zu

„unternehmerischem Handeln“ und dazu, dass „alle sparen müssen“, also auch Sozialhilfeberechtigte, RentnerInnen, Beschäftigte, Erwerbslose und so weiter.

## Regierungspolitik

Diese programmatische Ausrichtung findet ihre praktische Auswirkung in der realen PDS-Politik. Die Politik der PDS in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und vor allem im Berliner Senat ist logisch, konsequent und folgerichtig im Sinne ihres eigenen Programms, das in der Logik des Kapitalismus verhaftet ist und diese bejaht. Gerade in Berlin ist die PDS heute zu einem Synonym für Sozialraub geworden – Kürzung des Blindengeldes um 30 Prozent, Streichung des Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr, Kita-Gebührenerhöhungen, Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger Lohnkürzung sind die Ergebnisse des SPD/PDS-Senats, bei gleichzeitiger Risikoabsicherung für Spekulanten („Schweinefondsbesitzer“).

## Innerparteiliche Opposition?

Der zweite wichtige Aspekt ist, dass in der PDS in der Realität nicht die Mitglieder das Sagen haben, sondern der bürokratische Apparat der hauptamtlichen Funktionäre, ein „Küchenkabinett“ weniger „führender Funktionäre“ – ohne demokratische Legitimation und Kontrolle durch die Basis. Sie lenken die Partei an der Basis vorbei und kontrollieren die Medien und Informationsmöglichkeiten innerhalb der Partei.

Ein grundlegender Kurswechsel ist nicht zu erwarten. Die letzten Parteitage, ob im Bund oder zum Beispiel in Berlin, haben gezeigt, dass die Parteispitze sicher im Sattel sitzt. Kritische Mitglieder wenden sich individuell von der PDS ab. Die Opposition ist zu schwach und perspektivlos, um einen entschlossenen Kampf gegen die heutige Ausrichtung aufzunehmen.

Aufgrund ihrer inneren Verfasstheit, ihrer programmatischen Ausrichtung und ihrer politischen Praxis bietet die PDS den Menschen keine Perspektive. Im Kampf für eine gerechtere Gesellschaft hat sie keine Alternativen zu den herrschenden Zuständen und verfügt über keine Strategien zu deren Veränderung.

Jörg Fischer ist Kandidat des Kölner Wahlbündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“ zu den im September stattfindenden Kommunalwahlen. Bis Dezember 03 war Jörg Fischer Mitglied der PDS und wurde dann Mitglied der SAV.

# Warum wir die SAV aufbauen

Über das Verhältnis der SAV zur neuen Linkspartei

Seit Mitte der neunziger Jahre tritt die SAV für den Aufbau einer neuen Partei für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung ein. Schon zu diesem Zeitpunkt, lange vor dem Amtsantritt der Schröder-Fischer-Regierung, der rot-grünen Kriegsbeteiligung und der Agenda 2010 waren wir der Meinung, dass wirkliche Veränderungen im Interesse der Lohnabhängigen mit der SPD und in der SPD nicht mehr zu machen sind. Für uns stellte die PDS ebenfalls keinen Ansatzpunkt für eine gesamtdeutsche Partei dar, die konsequent für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen Partei ergreift und gemeinsam mit ihnen gegen die neoliberale Kürzungspolitik ankämpft.

von Aron Amm, Berlin

Die Zukunft der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist offen. Die SAV bringt sich aktiv in die Debatten über politische Ausrichtung, Programmatik und Aufbaufragen ein. Falls dieses Projekt relevante Kräfte unter ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen anspricht und einbezieht, dann werden sich SAV-Mitglieder in einer solchen neuen Formation engagieren. Gleichzeitig werden wir aber weiterhin die SAV aufbauen und diese Arbeit mit aller Kraft fortsetzen.

Für die SAV besteht der Ausgangspunkt unserer Politik in der Erkenntnis, dass die kapitalistischen Grundwidersprüche der heutigen brennenden Probleme sind.

Alle etablierten Parteien versprechen uns vor der Wahl, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Lebensbedingungen zu verbessern und der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Nach der Wahl entpup-

pen sich diese Ankündigungen als leere Versprechen. Wir erleben sogar das Gegenteil, ganz gleich welche Partei die Regierungsgeschäfte übernimmt.

## Kapitalismus

Das hat System. Das System heißt Kapitalismus. Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das immer Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit bedeutet, steckt heute weltweit in einer tiefen Krise. Die SAV ist davon überzeugt: Erst wenn die kapitalistische Marktwirtschaft überwunden ist, werden Massenarbeitslosigkeit, Armut, Kriege und der Raubbau an der Natur der Vergangenheit angehören.

Um Profitstreben und Marktkonkurrenz zu beseitigen, müssen Wissenschaft und Technik planmäßig und den Interessen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das wird nur zu verwirklichen sein, wenn die Wirtschaft von der großen Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird.

Kontrollieren lässt sich allerdings nur das, was einem gehört. Aus diesem Grund tritt die SAV für die Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen ein. An die Stelle der Marktwirtschaft sollte eine demokratische (nicht eine, wie im Ostblock, von einer privilegierten Clique beherrschte bürokratische) Planwirtschaft treten.

## Sozialistische Planwirtschaft

Um den Kapitalismus abzuschaffen und um eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen, bedarf es einer revolutionär-sozialistischen Partei, die eine Massenbasis unter ArbeiterInnen und Jugendlichen hat. Das ist das Ziel, das sich die SAV auf die Fahnen geschrieben hat. Gemein-

sam mit unseren Schwesterorganisationen, mit denen wir im CWI (englische Abkürzung für Komitee für ein Arbeiterinternationale) organisiert sind, wollen wir international solche Parteien aufbauen.

Wir kämpfen gegen ganz konkrete Verschlechterungen und engagieren uns aktiv für Reformen im Interesse der Masse der Bevölkerung. Allerdings zeigt die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung, dass der Kapitalismus nicht über Reformen, sondern nur auf revolutionäre Weise gestürzt werden kann – um den Weg frei zu machen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Mehrheit von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten schon in der nächsten Zeit für ein solches revolutionär-sozialistisches Programm zu gewinnen ist (allerdings wird die Unterstützung für diese Ideen in den kommenden Jahren – im Zuge des Niedergangs des Kapitalismus und verschärfter Klassenkämpfe – deutlich zunehmen und kann Einfluss gewinnen). Vielmehr erwarten wir, dass immer mehr Beschäftigte und Erwerbslose erstmal offen sind für eine neue Partei, die anders als die etablierten Parteien ihre Interessen vertritt – in der aber verschiedene Ideen vorgebracht und diskutiert werden. Die Resonanz auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit und der Diskussionsbedarf darüber auf den Demos am 3. April oder am 1. Mai geben einen kleinen Hinweis darauf.

## Neue Massenpartei

Eine neue Massenpartei für lohnabhängig Beschäftigte und Erwerbslose wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese am Anfang nicht für ein sozialistisches Programm eintreten würde. Endlich



Tinette Schnatterer ist Kandidatin der SAV / Offene Liste in Stuttgart zu den Kommunalwahlen am 13. Juni (siehe Seite 11).

könnte sich die arbeitende Bevölkerung unabhängig vom bürgerlichen Establishment politisch organisieren, kandidieren, Proteste vernetzen und Kämpfe führen. In einer solchen Partei könnten auch die Debatten über Ideen und Programme, darunter auch über die Frage der sozialistischen Alternative, intensiviert werden. Aus diesen Gründen würde sich die SAV daran aktiv beteiligen. Das ersetzt aber noch keine revolutionär-sozialistische Partei.

Die SAV tritt für den Aufbau einer

neuen Arbeiterpartei ein. Gleichzeitig setzen wir alles daran, die SAV weiter zu stärken. Je einflussreicher konsequente, sozialistische Kräfte bei der Entstehung einer neuen Arbeiterpartei sind, desto besser sind die Entwicklungsmöglichkeiten für eine solche Formation. Je klarer Analyse, Programm und Politik, je stärker Kampf- und Kampagnenbereitschaft gegen die bestehenden Verhältnisse, desto größer die Erfolgsaussichten. ●

Aron Amm ist Mitglied der SAV-Bundesleitung

# 99 Prozent Kampf

Wie weiter für die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit?

**Die Bundesrepublik Deutschland hat eine neue politische Formation: die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.** Dazu haben sich die beiden Gruppen Wahlalternative 2006 und Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zusammengeschlossen. Beide Gruppierungen waren im März mit der Idee an die Öffentlichkeit getreten, eine neue wählbare politische Alternative zu bilden. Seitdem haben dutzende lokale Versammlungen stattgefunden, an denen tausende Menschen teilgenommen haben. 3.000 haben den Aufruf der Initiative ASG unterschrieben, über 10.000 den Newsletter der Wahlalternative abonniert und dadurch ihr Interesse und ihre Unterstützung bekundet. Die Debatte geht weiter: Wie soll eine neue linke Partei aussehen? Welches Programm soll sie annehmen? Wie soll sie aufgebaut sein?

von Sascha Stanicic, Berlin

Die InitiatorInnen sind einerseits Gewerkschaftsfunktionäre und Noch-SPD-Mitglieder, andererseits vor allem ehemalige und Noch-PDS-Mitglieder. Dazu gehören unter anderem der Schweinfurter IG-Metall-Bevollmächtigte Klaus Ernst, Uwe Hiksich, ehemaliger PDS-Bundesgeschäftsführer, und linke Wissenschaftler, wie zum Beispiel Herbert Schui. Sie vollziehen eine Entwicklung nach, die ein großer Teil der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen schon hinter sich hat: sie wenden sich von SPD und PDS ab.

Das ist richtig und wichtig, denn SPD- und PDS-Führung haben durch ihre Regierungspolitik im Bund beziehungsweise auf Landesebene unter Beweis gestellt, dass sie für Sozialkutschschlag, Privatisierungen und Lohnraub stehen. Ihre Politik orientiert sich an den Profitinteressen der Banken und Konzerne, nicht an den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung. Es ist längst überfällig, dass eine starke Partei gebildet wird, die die Interessen der Mehrheit gegen die Profitinteressen der Minderheit vertritt.

Dazu ist die Bildung der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* eine Chance. Doch nicht nur Ottmar Hitzfeld weiß, dass man Chancen auch vergeben kann.

## Kämpfen oder wählen?

Auf einer Veranstaltung zum Thema in Berlin schloss sich Uwe Hiksich einem SAV-Vertreter an, der sagte, die neue Partei müsse zu 99 Prozent aus Kampf und zu einem Prozent aus parlamentarischer Tätigkeit bestehen. Ein solches Selbstverständnis wäre eine wichtige Grundlage für den Erfolg einer neuen Partei. Jedoch ist dies unter den InitiatorInnen unstrittig.

Liest man viele ihrer Aussagen und Positionen, wird klar, dass sie in erster Linie eine wahlpolitische Perspektive haben. Gerne wird dann vom „*parlamentarischen Arm sozialer Bewegungen*“ gesprochen. Dies impliziert aber eine Trennung von Bewegung und parlamentarischer Vertretung, die es nicht geben darf.

Eine neue Partei muss sich zum Ziel setzen, Massen zu organisieren. Die Massen, die heute schon in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aktiv sind. Die Massen, die an den Großdemonstrationen vom 3. April teilgenommen haben. Und die Massen, die heute noch voller Wut und mit geballter Faust in der Tasche die Tagesschau ansehen.

Nur wenn dies gelingt, kann eine neue Partei mit Bewegungen und Kämpfen (also mit den ArbeiterInnen und Jugendlichen, die diese tragen) verschmelzen

und wirklich politischer, und dann auch parlamentarischer Ausdruck, dieser Kämpfe und Bewegungen werden. Dazu muss sie selber Teil, und zwar vorwärtstreibender Teil, solcher Kämpfe werden. Das bedeutet auch in den Gewerkschaften für wirkliche Kampfmaßnahmen einschließlich Streiks einzutreten und das Co-Management konsequent abzulehnen.

## Welches Programm?

Die neue Partei muss konsequent Partei ergreifen – für die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Jugendlichen und RentnerInnen. Sie muss aber auch die Interessen der Frauen und ImmigrantInnen und anderer im Kapitalismus diskriminierter Teile der Bevölkerung vertreten.

Oberstes Gebot muss sein, keine Maßnahmen zu unterstützen, die sich gegen die Interessen dieser Mehrheit richten: keine Kompromisse, wenn es um Sozialabbau, Lohnraub, Arbeitszeitverlängerung, Privatisierungen, Entlassungen, Abbau demokratischer Rechte und ähnliches geht!

Statt dessen sollte die neue Partei ein Programm von Forderungen aufstellen, das darauf abzielt, den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum für die Mehrheit der Bevölkerung nutzbar zu machen.

## Zentrale Forderungen eines solchen Programms könnten sein:

- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen**
- **Ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr, Umwelt und Soziales**
- **Rückführung privatisierter Betriebe und Einrichtungen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten**
- **Für öffentliche und kostenlose Bildungs- und Gesundheitswesen**
- **Für eine Mindestsicherung von 750 Euro netto plus Warmmiete und einen Mindestlohn von 2.000 Euro beziehungsweise 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde**
- **Drastische Abrüstung und Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr**

Die Umsetzung solcher Forderungen

wäre eine Mindestvoraussetzung, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Sie können nur durch eine massenhafte Bewegung der Arbeitenden und Erwerbslosen durchgesetzt werden. Massendemonstrationen, ziviler Ungehorsam, Streiks und Generalstreiks werden nötig sein, wenn wir dies erreichen wollen.

Aber im Rahmen der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sind diese Forderungen nicht dauerhaft umzusetzen. Es ist nicht nur die Gier und Arroganz der Kapitalisten und ihrer Vertreter in den Regierungen und Parlamenten, die zu Sozialkutschschlag und Arbeitslosigkeit führen. Es ist die Logik und die Krisenhaftigkeit des Systems selber. Die sich permanent verschärfende Weltmarktkonkurrenz zwingt die Kapitalisten eines jeden Unternehmens dazu immer kostengünstiger zu produzieren – und Kosten sind aus Sicht des Kapitals vor allem die Beschäftigten.

## Sozialismus?

Aus diesem Grund argumentiert die SAV dafür, dass eine neue Partei die kapitalistische Profitlogik nicht übernehmen darf und auf der Grundlage eines sozialistischen Programms agieren sollte.

Dem wird von den InitiatorInnen der Wahlalternative entgegen gehalten, es gehe darum eine möglichst breite Front gegen den Neoliberalismus zu schaffen und dabei auch bisherige AnhängerInnen der CDU / CSU einzubinden. Die Überwindung des Kapitalismus stehe nicht auf der Tagesordnung und antikapitalistische Verbaldrakalitäten schrecke nur ab.

Dahinter steckt der Gedanke, im Rahmen des Kapitalismus, zumindest für eine gewisse Periode, den Neoliberalismus zurückzudrängen und soziale Reformen im Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen durchzusetzen. So heißt es in einem Papier der Wahlalternative: „*Die entscheidende Frage ist nicht, ob eine politische Kraft den Kapitalismus abschaffen will, sondern welche Politik und Interessen sie hier und heute vertritt. Es geht darum, die vorherrschende sozial reaktionäre und aggressive Entwicklung des Kapitalismus aufzuhalten und eine andere Politik und Entwicklungsrichtung durchzusetzen. Voraussetzung dafür sind veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die auch neue soziale Kompromisse ermöglichen. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse möglich, aber zugleich immer begrenzt und gefährdet ist.*“

Diese Argumentation ist falsch, denn sie lässt außer acht, in welcher Phase sich der Kapitalismus befindet. „*Soziale Kompromisse*“, also soziale Errungenschaften, konnte sich die Arbeiterklasse entweder in kapitalistischen Aufschwungsperioden erkämpfen oder sie waren Nebenprodukt revolutionärer Kämpfe, wie die Erkämpfung des Acht-Stunden-Tages als Produkt der deutschen Novemberrevolution. In der heutigen Strukturkrise der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der ökonomische Spielraum für weitgehende und dauerhafte „*soziale Kompromisse*“ einfach nicht gegeben.

Es ist auch falsch zu behaupten, die Frage „*welche Politik und Interessen sie hier und heute vertritt*“ sei von der Frage des programmatischen Charakters und Selbstverständnisses einer Partei zu trennen. Letztlich stellt sich die Frage, ob man die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse, also den kapitalistischen Staat mit all seinen Institutionen und Gesetzen, die Marktwirtschaft und das Privateigentum an den Banken und



## Gegen „Teile und Herrsche“

Die Macht der Kapitalisten basiert auch auf einer vielfältigen Spaltung und einem erfolgreichen „gegeneinander ausspielen“ der Lohnabhängigen und Erwerbslosen: in Deutsche und Nichtdeutsche, Männer und Frauen, Homos und Heteros, Junge und Alte und so weiter.

Eine neue Partei muss sich gegen diese Spaltung stellen und versuchen, sie zu überwinden. Sie darf rassistischen, sexistischen und homophoben Vorurteilen nicht nachgeben, sondern muss für gleiche Rechte für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen eintreten und Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen, Wiederherstellung des Asylrechts und Bleiberecht für alle und so weiter eintreten. Sie muss sich auch aktiv in die Frauen-, Antifaschismus- und Antirassismus- sowie in die Schwulen- und Lesbenbewegung einbringen.

Das Argument, man solle sich auf die sozialen Fragen konzentrieren, ist richtig. Es wäre aber falsch – aus Rücksicht auf in Teilen der arbeitenden Bevölkerung existierende Vorurteile – auf eine antidiskriminierende Politik zu verzichten. Denn wir können gegen Regierung und Kapital nur erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam kämpfen und uns nicht spalten lassen.

Konzernen, als Rahmen der eigenen Politik betrachtet oder ob man bereit ist, über diesen Rahmen hinaus zu gehen.

Zwei Beispiele: Die Beschäftigten des Waggonbauers Bombardier in Halle (Saale) kämpfen gegen die Schließung ihrer Fabrik. Diese ist wahrscheinlich nur dauerhaft zu retten, wenn die Eigentümer enteignet werden und der Betrieb in öffentlicher Hand fortgeführt wird. Gleichzeitig wäre es nötig einen Produktionsplan aufzustellen, der auf öffentlichen Investitionen im Verkehrswesen beruht. Im Rahmen des Kapitalismus: nicht machbar.

Zweites Beispiel: Berlin ist pleite. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich an den Zinszahlungen des Landes. Der Senat garantiert die Gewinne für die Investoren bestimmter Fonds bei der Bankgesellschaft, die Zeche zahlt die Allgemeinheit durch Sozialkürzungen und Lohnraub im öffentlichen Dienst. Ein Ausweg aus dieser Situation ist nur denkbar, wenn die Macht der Banken gebrochen wird. Die Zinszahlungen müssten eingestellt werden, die Banken in öffentliches Eigentum überführt werden.

Sozialistische Politik bedeutet nicht nur die Perspektive einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu haben, sondern auch und insbesondere hier und heute entschieden und konsequent die Interessen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen zu vertreten und sich in keiner Situation auf die kapitalistische Logik einzulassen. Die Notwendigkeit hier und heute mit kapitalistischen Prinzipien zu brechen ergibt sich aus den zu führenden Kämpfen.

## Was schreckt ab?

Die jahrzehntelange Präsentation der stalinistischen Diktaturen in Russland und der DDR als „real existierendem Sozialismus“ hat den Sozialismus in den Augen vieler Menschen diskreditiert. Natürlich gibt es heute noch keine Mehrheit in der arbeitenden Bevölkerung für „den Sozialismus“.

Das bedeutet aber nicht, dass sozialistische Parteien keine große Unterstützung gewinnen können. Viele internationale Erfahrungen sprechen eine andere Spra-

che: die niederländische Sozialistische Partei hat zehntausende Mitglieder gewonnen und ist im Parlament vertreten. Die Schottische Sozialistische Partei hat bei den letzten Wahlen sechs Prozent erzielt. In Frankreich haben bei den Präsidentschaftswahlen im vorletzten Jahr verschiedene KandidatInnen trotzkistischer Organisationen zusammen zehn Prozent der Stimmen erreicht. In Dublin (Irland) wurde Joe Higgins als Kandidat der dortigen Schwesterpartei der SAV ins nationale Parlament gewählt.

Wenn die KollegInnen in den Betrieben, die MieterInnen in den Stadtteilen, die Studierenden an den Hochschulen die Erfahrung machen, dass es die SozialistInnen sind, die Seite an Seite mit ihnen kämpfen und ihre Forderungen unterstützen, dann werden sie auch bereit sein, sie zu unterstützen, bevor sie selber zu überzeugten SozialistInnen geworden sind.

## Offene Debatten nötig

Die InitiatorInnen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie keine sozialistische Partei gründen wollen – und das, obwohl sich viele von ihnen selber als SozialistInnen verstehen. Das ist ein Fehler. Die Akzeptanz der Marktwirtschaft erhöht die Gefahr, dass eine neue Partei den selben Weg geht, wie SPD, Grüne und PDS.

Die SAV tritt für eine offene und demokratische Debatte über das Programm der neuen Partei ein. Aufgabe von SozialistInnen in einer solchen Debatte ist es, geduldig zu erklären, was ein sozialistisches Programm bedeutet und wie dafür Unterstützung zu gewinnen ist. Gleichzeitig ist die Annahme eines sozialistischen Programms für die SAV keine Bedingung für unsere konstruktive Mitarbeit in einer neuen Partei, wenn diese tatsächlich keine Neuaufgabe der Voragenda-2010-SPD wird – wenn sie kämpferisch ist und wichtige Teile der AktivistInnen und der Arbeiterklasse organisiert.

Sascha Stanicic ist Bundessprecher der SAV

## Für demokratische Strukturen

Die InitiatorInnen der Wahlalternative wollen einen Verein gründen, dessen Mitglieder zum Jahresende über die Gründung einer neuen Partei abstimmen sollen. Die SAV schlägt vor, dass dieser Verein von Beginn an das Ziel hat, eine Parteigründung vorzubereiten. Das bedeutet vor allem die Diskussion über Programm, Statut, Arbeitsweise demokratisch zu organisieren. Der Kongress am 20. Juni sollte dazu der erste Schritt sein. Er muss dazu genutzt werden, um die tausenden UnterstützerInnen und Interessierten tatsächlich in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Bisher wurden die Entscheidungen im kleinen Kreis gefällt und den BesucherInnen der lokalen Veranstaltungen nur präsentiert. Ab sofort sollten lokale Gruppen in Stadtteilen, Betrieben, Hochschulen gebildet werden, die sich vor Ort in die sozialen Auseinandersetzungen einbringen und die Diskussion über Programm, Struktur und Charakter der Partei führen können. Delegiertenversammlungen

sollten dann die Entscheidungen treffen.

Eine neue Partei sollte Kampagnen zu den brennenden sozialen Fragen organisieren: Arbeitszeitverlängerung, Sozialkutschschlag, Gesundheitsreform. Ihre AktivistInnen sollten offensiv in den Gewerkschaften für einen Bruch mit der SPD eintreten. Eine neue Partei muss die Idee einer anderen Politik offensiv propagieren. Dazu braucht sie schnellstmöglich eine Zeitung, die zumindest wöchentlich erscheint.

Eine neue Partei sollte sich auch in ihrer Struktur und ihren organisationspolitischen Prinzipien von den etablierten Parteien unterscheiden. Wichtige Voraussetzungen für eine demokratische Struktur ist die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller FunktionsträgerInnen. Um zu verhindern, dass sich eine zukünftige Parteiführung oder Parlamentsfraktion verselbständigt, sollten die Gehälter aller hauptamtlichen FunktionsträgerInnen und zukünftiger Abgeordneter auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn begrenzt werden.

# Internationale Erfahrungen beim Aufbau einer neuen Arbeiterpartei

## Der Kampf um eine Alternative zu Blairs New Labour

Europaweit betreibt die Sozialdemokratie heute Sozialkahltschlag. Ist es vor diesem Hintergrund möglich, eine neue politische Kraft zu schaffen? Diese Frage stellt sich derzeit in vielen Ländern. In England und Wales hat es bereits mehrere Versuche gegeben. Leider hat bisher keiner der Versuche dazu geführt, eine substanzielle und einflussreiche Alternative aufzubauen. Für die Diskussion in Deutschland kann es deshalb nur von Vorteil sein, aus den Erfahrungen in England und Wales zu lernen.

von Tanja Niermeier, London

Der jüngste Versuch besteht in Form der Respect Unity Coalition, die bei den Europawahlen und bei den Londoner Bürgermeisterwahlen eine Wahlalternative zu New Labour anbietet. Sie formiert sich in der Hauptsache um den wegen seiner Antikriegshaltung aus New Labour ausgeschlossenen Parlamentsabgeordneten George Galloway, den Globalisierungskritiker Monbiot, muslimischen Organisationen und die Socialist Workers Party (Schwesterorganisation von Linksruck).

Grundsätzlich hat die Socialist Party (Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale, CWI) diesen Schritt mit großem Interesse verfolgt, da das Potenzial für eine neue Arbeiterpartei in England und Wales in den vergangenen Jahren enorm gewachsen ist. Insbesondere Blairs bedingungslose Unterstützung für den Irakkrieg sowie die Erhöhung von Studiengebühren haben dazu geführt, dass er bei weiten Teilen der Bevölkerung vollständig diskreditiert ist.

### Respect

Problematisch ist die programmatische Ausrichtung von Respect. So konzentriert sich Respect nicht darauf, ein politisches Angebot an GewerkschafterInnen und andere von Blairs neoliberaler Politik Betroffene zu richten. Darüber hinaus orientiert Respect sogar auf muslimische Organisationen. Es ist richtig, dass es insbesondere nach dem 11. September eine verstärkte Hetzkampagne gegen MuslimInnen gegeben hat, der die Linke entschlossen entgegenzutreten muss. Das sollte jedoch kein Grund dafür sein, sich opportunistisch konservativen muslimischen Organisationen anzubiedern.

In Preston kandidiert ein ehemaliger Labour-Stadtrat

auf der Respect-Liste, der zuvor die Privatisierung von städtischen Wohnungen durchgeführt hat. Für die Mieter dieser Wohnungen wird das keine Ermutigung sein, Respect zu wählen.

In vielen Gewerkschaften finden derzeit Diskussionen statt, sich von New Labour zu lösen (in England, Wales und Schottland sind die Gewerkschaften organisch mit der Labour Party verbunden und zahlen Mitgliedsbeiträge an sie). In Schottland haben sich bereits einige Gewerkschaftsgliederungen der Scottish Socialist Party angeschlossen. Das ist ein historisch wichtiger Schritt. George Galloway bezieht zu diesem Lösungsprozess von Labour jedoch keine eindeutige Stellung, was den Prozess verlangsamt.

Ein weiterer Grund für die Skepsis der Socialist Party gegenüber Respect besteht in den Erfahrungen mit der SWP in der Socialist Alliance. Ende der neunziger Jahre hatte die Socialist Party die Initiative ergriffen, Sozialistische Bündnisse/Allianzen zu gründen. Die örtlichen Sozialistischen Allianzen, die auch auf nationaler Ebene eine Struktur bekamen, sollten die Kräfte auf der Linken bündeln, aber vor allen Dingen auch ein Angebot an diejenigen sein, die wütend über die neoliberale Politik der Blair-Regierung sind. Nachdem sie zunächst gar nicht in der Socialist Alliance vertreten war, stand die SWP nach ihrem Eintritt für eine „top-down“ Herangehensweise. Durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit gelang es ihnen das Bündnis zu dominieren und es in eine Socialist-Workers-Party-Frontorganisation zu verwandeln.

Die SWP hat ihre Herangehensweise bei Respect nicht geändert. Wir wurden zunächst nicht mal zu Gesprächen eingeladen, obwohl die Socialist Party mit fünf Stadträten in Coventry und London-Lewisham die einzige sozialistische Kraft in England und Wales mit parlamentarischer Vertretung ist. In Coventry organisierte Respect eine Veranstaltung, ohne die Stadträte der Socialist Party einzuladen. Dabei hätten diese durch ihren Bekanntheitsgrad und ihr Ansehen dazu beitragen können, der Veranstaltung zu einem größeren Erfolg zu verhelfen.

### Erfolge für SozialistInnen

Dass ein konsequentes sozialistisches Programm Zustimmung findet, zeigen gerade die letzten Wahlerfolge der Socialist Party. In Coventry wird die Socialist Party



Ahm ... die gute Nachricht ist, das 55 Prozent für einen Wechsel des Regimes sind ... die schlechte Nachricht ist ...

seit mehreren Jahren mit jedes Mal verbesserten Stimmenergebnissen wiedergewählt. Voraussetzung für diese Wahlerfolge in London und Coventry ist eine konsequente Kampagnentätigkeit mit AnwohnerInnen gegen kommunale Kürzungen. Wenn SozialistInnen gemeinsam mit Beschäftigten, MieterInnen oder von Schließung ihrer Einrichtungen Betroffenen Widerstand leisten, effektive Kampfvorschläge machen und mit umsetzen, dann stellt der Sozialismus-Begriff im Parteieinamen und im Programm kein Hindernis dar. Im Gegenteil. In der realen Auseinandersetzung steigt das Interesse, die Frage von grundlegenden Alternativen zum kapitalistischen System und seinen Folgen zu diskutieren. Das hilft zu einem, dem konkreten Kampf eine Perspektive zu geben und zum anderen, über diesen Konflikt hinaus eine Vorstellung zu haben, worauf hingearbeitet werden muss.

In England und Wales haben sich bislang erfolgversprechende Ansätze für eine politische Alternative zu New Labour herausgezeichnet. Dennoch wird diese Notwendigkeit immer klarer gesehen. Das zeigt sich nicht zuletzt an einem Aufruf aus Liverpool: Von 1983 bis '87 gab es dort einen sozialistischen Stadtrat (CWI-Mitglieder hatten die dortige Labour Party für marxistische Positionen gewonnen), der die Sozialausgaben massiv steigerte, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst bei enormen Lohn- und Personalausgleich senkte und dafür die Stadt gegen die konservative Thatcher-Regierung mobilisierte. Diese ehemaligen 47 sozialistischen Stadträte von Liverpool haben sich mit den Liverpooler Hafenarbeitern, die Mitte der neunziger Jahre einen jahrelangen Kampf von internationaler Bedeutung organisierten, zusammengesetzt. Gemeinsam rufen sie zum Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei auf.

## Revolutionäre Linke in Frankreich – Motor oder Bremse?

Spätestens seit dem Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen 2002 (zehn Prozent für die drei trotzkistischen Organisationen LO, LCR und PT\*) und der darauf folgenden Massenbewegung gegen Le Pen und die Front National (FN) wird die Situation in Frankreich europaweit in der Linken diskutiert. Was sind die Perspektiven für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei? Was macht die revolutionäre Linke aus ihren Wahlerfolgen? Warum unternehmen weder LO noch LCR konkrete Schritte in Richtung einer neuen Interessensvertretung für die Arbeiterklasse und die Jugend, obwohl das Potenzial dafür vorhanden ist?

von Olaf van Aken, Rouen

Frankreich ist eines der europäischen Länder, in denen die Radikalisierung der Arbeiterklasse und der Jugend am weitesten fortgeschritten ist. Die Massenbewegung gegen die FN 2002 (Le Pen trat im zweiten Wahlgang gegen Chirac an) und die beeindruckende Streikbewegung im öffentlichen Dienst im Mai/Juni 2003 haben dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Beide Bewegungen haben die Frage nach einer politischen Alternative zum Kapitalismus, zu Rassismus und Sozialabbau aufgeworfen: die Frage nach einer neuen Arbeiterpartei. Im März diesen Jahres fanden landesweit Landtagswahlen statt, bei denen LO und LCR mit einer gemeinsamen Liste kandidierten. Vor dem Hintergrund massiver Angriffe der konservativen Regierung Raffarin (Zerschlagung des Gesundheitssystems, Privatisierungen, Einschränkung demokratischer Rechte, etc.) und der enormen Wut und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse hätten die Wahlen LO/LCR ein Hebel sein können, um die isolierten Kämpfe und Streiks zusammenzuführen und den Aufbau einer neuen Ar-

beiterpartei konkret in Angriff zu nehmen.

### Eine weitere verpasste Gelegenheit

Die Wahlkampagne von LO und LCR beschränkte sich jedoch völlig auf die Wahllebene. Mit dem Illusionen schreienden Hauptlogan „Verbot von Entlassungen“ waren beide Kräfte nicht in der Lage, ArbeiterInnen und Jugendlichen eine klare Perspektive anzubieten. Weder in ihrem Material noch bei ihren Veranstaltungen wurde erklärt, wie eine starke Bewegung gegen die Angriffe der Regierung aufgebaut werden kann, wie neue unorganisierte Schichten der Arbeiterklasse und der Jugend einbezogen werden können. Die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei wurde konsequent ausgeklammert und eine sozialistische Alternative, wenn überhaupt, nur plakativ erwähnt. Beide Organisationen haben keinen gemeinsamen Wahlkampf auf der Straße geführt und sind nicht offensiv auf im Kampf stehende oder neue Schichten der Arbeiterklasse zugegangen. Des weiteren waren die Wahllisten nicht offen für Interessierte, die Wahlplattform und die KandidatInnen wurden von den führenden Gremien ausgehandelt. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Wahllisten LO / LCR landesweit „nur“ fünf Prozent (circa eine Million Stimmen) erreicht haben, sie keinen Anziehungspunkt darstellen und somit das riesige Vakuum auf der Linken bestehen bleibt. Vor den Wahlen lagen LO / LCR in Umfragen in vier Regionen bei mehr als zehn Prozent. Viele AktivistInnen haben gehofft, dass die gemeinsame Kandidatur ArbeiterInnen und Jugendliche ermutigen kann, für ihre Interessen aktiv zu werden. Gehofft, dass die Zusammenarbeit beider Kräfte in den Aufbau einer breiteren Arbeiterpartei münden könnte.

### Europawahlen und Streiks

Auch nach den Wahlen brachten VertreterInnen bei-

der Organisationen ihr mangelndes Verständnis für die aktuellen Aufgaben der Arbeiterbewegung, für die politische Lage zum Ausdruck. Auf die Frage, welche Perspektive LO nach den Wahlen habe, antwortete Arlette Laqueuiller (Kandidatin und Sprecherin von LO): „Wir kandidieren gemeinsam mit der LCR für die Europawahlen“. Olivier Besancenot, Sprecher der LCR, unterstrich den Anbiederungskurs der LCR an die „Linke“, vor allem an die französische Sozialdemokratie, die Sozialistische Partei (PS): „Die Politik der Regierung Raffarin ist massiv sanktioniert worden, jetzt ist es Aufgabe der PS zu handeln.“

Mit anderen Worten: nach wie vor weigern sich beide Kräfte, der Arbeiterklasse eine klare Alternative anzubieten, gemeinsam eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, die Zigttausende ansprechen, mobilisieren und organisieren könnte. Den 1. Mai beging LO ohne eigenes Flugblatt und in dem der LCR war zu lesen: „Raffarin sollte aus Respekt vor der Demokratie zurücktreten.“ Es ist klar, dass die Kampagne für die Europawahlen mit dieser Herangehensweise nicht zum Erfolg werden kann. In Umfragen liegen LO / LCR bei vier Prozent. Und das ist paradoxerweise vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die Streiks in verschiedenen Bereichen gegen die Angriffe der Regierung häufen: Krankenkassenbeschäftigte am 6. Postler und Eisenbahner am 13., LehrerInnen am 25. Mai, Beschäftigte von EDF-GDF (staatliche Elektrizitäts- und Gaswerke), Metallarbeiter, Feuerwehrleute und Beamte am 27. Mai. Auch hier gibt es keinen Versuch, seitens LO und LCR, die isolierten Streiks und Kämpfe in einen einträgigen Generalstreik zusammenzuführen. Obwohl beide Kräfte viele Betriebsräte in ihren Reihen haben, über einen gewissen Einfluss in Gewerkschaftsgliederungen verfügen, akzeptieren sie die Taktik der Gewerkschaftsführungen, einen Bereich nach dem anderen zum Streik aufzurufen und somit eine massive Bewegung abzu-

würgen. Ein kleines Beispiel: Mitglieder von LO und LCR haben in einer Gliederung der CGT (der Kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaft) in Paris gegen einen Antrag der Gauche Révolutionnaire (Schwesterorganisation der SAV) gestimmt, der einen einträgigen Generalstreik am 27. Mai vorschlug.

### Ausblick

Mangels einer politischen Alternative in Form einer neuen Arbeiterpartei kann die konservative Regierung mit ihrem neoliberalen Kurs fortfahren. Diese fehlende Alternative ist auch ein Hindernis für den Aufbau einer starken Streikbewegung, so dass die Gewerkschaftsführungen es derzeit noch schaffen, die Kontrolle über die organisierte Arbeiterklasse zu behalten. Bedauerlicherweise sind LO und LCR keine Hilfe für die Beschäftigten, diese festgefahrene Situation aufzubrechen. Da sie Einfluss auf Teile der radikalisierten ArbeiterInnen und Jugendlichen haben, sind sie mit ihrer jetzigen Politik eine Bremse für den Entstehungsprozess einer neuen Arbeiterpartei. Es wird jedoch in der Zukunft zu großen Kämpfen gegen die katastrophalen Auswirkungen des Kapitalismus kommen. In diesen Kämpfen wird die Arbeiterklasse alle Hindernisse und bremsenden Faktoren beiseite schieben und sich ihre eigene Partei schaffen. Die Gauche Révolutionnaire ist heute die einzige politische Kraft in Frankreich, die eine Vereinheitlichung der isolierten Kämpfe vorschlägt und konsequent für die Schaffung einer neuen Arbeiterpartei kämpft. Wir verteidigen die Notwendigkeit offener und demokratischer Strukturen für eine solche Partei und treten für ein sozialistisches Programm ein.

\* LCR – Ligue communiste révolutionnaire (Kommunistisch-revolutionäre Liga)  
\* LO – Lutte ouvrière (Arbeiterkampf)  
\* PT – Parti des Travailleurs (Arbeiterpartei)

## Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte weitere Informationen über euch.
- Ich möchte die **Solidarität - Sozialistische Zeitung** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_\_\_ Euro (ab 3 Euro pro Monat).
- Ich will Mitglied der SAV werden.

Name \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ Postleitzahl / Ort \_\_\_\_\_ Telefon / Email \_\_\_\_\_  
**Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro / 20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.**

Name Kontoinhaber/In \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

**Beilage der Solidarität Sozialistische Zeitung**

Überregionale Monatszeitung vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als **Solidarität - Sozialistische Zeitung**

Ercheinungsweise: Monatlich, Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
 Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Konto 2500 59 430  
 Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Stephan Kimmeler, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Tel.: 030 – 247 238 02, Fax: 030 – 247 238 04, eMail: redaktion@sav-online.de

**www.sozialismus.info**

# Rot-Grüne Ausbildungslüge

Rot-Grün schafft eins immer wieder: Konzerne werden nicht zur Kasse gebeten und den Jugendlichen wird die Zukunft verbaut

**„Wenn die notwendige Zahl von Ausbildungsplätzen nicht bereitgestellt wird, dann kommt die Umlage. (...) Unser Motiv ist nicht Regelungswut, sondern die Verantwortung für junge Menschen“, so Gerhard Schröder. Verantwortung eingelöst hat er. Jedoch nur gegenüber der Wirtschaft. Denn: Hinter dem Gesetz der Umlagefinanzierung verbirgt sich eine riesige Moge-packung. An der Situation von Jugendlichen wird sich grundsätzlich nichts ändern.**

von Nico Weinmann, Kassel

Das wäre aber bitter nötig. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Jugendlichen, die von der Schulbank direkt in die Arbeitslosigkeit rutschen. Alleine im April diesen Jahres sind immer noch 331.600 ohne Lehrstelle. Als Antwort darauf schrieb die Bundesregierung wirkungslose Bittelbriefe an die Unternehmen oder gab sich wortradikal, ohne dass darauf Taten folgten.

## Rot-Grüne Ausbildungsumlage

Am 7. Mai wurde schließlich das Gesetz zur Ausbildungsumlage verabschiedet. Was steckt dahinter? Das Ziel ist, dass im September jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Wenn es nicht 15 Prozent mehr Lehrstellenangebote gibt als Jugendliche, die einen Platz suchen, tritt die Ausbildungsumlage in Kraft. Die Unternehmen, die unter der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsquote bleiben, müssen dann in einen Fond zahlen. Aus dem Fond sollen die fehlenden Ausbildungsstellen finanziert werden.

## Hintertüren für Konzernchefs

Im Vorfeld wurden verschiedene Modelle zur Schaffung von mehr Lehrstellen diskutiert. Es gab ein SPD-Eckpunktepapier, einen Vorschlag von Franz Müntefering (SPD), die Unternehmer förderten einen freiwilligen Ausbildungsakt und Kurt Beck (SPD) verteidigte ein Fondmodell. Nie aber wurde über eine konsequente Ausbildungsabgabe diskutiert. Es scheint, als wolle Schröder alle Scheinvorschläge in einen packen. Freiwillige Lösungen sollen Vorrang vor der Umlagefinanzierung haben. Gemeint ist da der Ausbildungsakt. Das gleiche gilt für „tarifliche Lösungen“. Das heißt, dass ganze Branchen aus dem Modell herausfallen. Rot-Grün hält also den Konzernchefs genügend Hintertüren offen, so dass sie ein Inkrafttreten der Umlagefinanzierung verhindern können.

Ein weiterer Grund spricht dafür: Stichtag für das Inkrafttreten ist der 9. September. An diesem Tag sind die Bewerbungen schon geschrieben, die Absagen schon eingetroffen und hundertaufende von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz werden in staatlichen Zwischenprojekten (zum Beispiel „Jump-Plus“) geparkt. Diese Jugendlichen gelten als versorgt und werden daher nicht zu denen gezählt, die noch einen Ausbildungsplatz suchen.

Selbst wenn die Umlage in Kraft tritt, haben Unternehmen die Chance, sich vor einer Zahlung zu drücken. Wenn die Abgabe eine „unzumutbare Härte“ für einen Betrieb darstellt, dann braucht er nicht zahlen. Das heißt, dass der Konzern, der am lautesten jammert, am wenigsten zahlen muss.

Bei dieser Fülle von Hintertüren für die Unternehmer ist es geradezu unmöglich, dass sich irgend etwas an der Situation von Jugendlichen ändert.

## Qualität?

Aber angenommen der unwahrscheinliche Fall tritt ein, dass Anfang September jeder Jugendliche eine Ausbildungsstelle hat. Über die Qualität der Ausbildung ist dann noch nichts gesagt. McDonald's startet eine Ausbildungs-offensive und der Kleidungs-discounter „KIK“ hat mehr Azubis, als normal Beschäftigte. Und warum? Azubis sind willkommene Billiglohnarbeiter. Die Forderung von den Unternehmern, zwei Azubis sollten sich ein Gehalt teilen, ist auch durch die Umlagefinanzierung nicht aus dem Weg geräumt. Schon jetzt bringt jeder Azubi seinem Unternehmen im Schnitt 200 Euro, abzüglich aller Unkosten. In Zukunft soll noch mehr abkassiert werden!

## Ausweg aus der Misere

Eine verbesserte Ausbildungsabgabe ändert nichts an der aktuellen Situation. Die Zukunft von hundertaufenden Jugendlichen steht auf dem Spiel. Wenn sich die Unternehmen darum einen Dreck scheren und sich weigern auszubilden, dann sollen sie zahlen!

Die SAV fordert, dass alle Unternehmen zehn Prozent Azubis einstellen müssen, gemessen an der Beschäftigtenzahl. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen zahlen – und zwar kräftig: 20.000 Euro pro nicht eingestellten Azubi. Das Geld soll nicht an andere Unternehmen gehen, sondern davon sollen qualifizierte Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden.



## Unis unterm Hammer

Als im letzten Semester zehntausende StudentInnen und Beschäftigte der Universitäten gegen die Sparpolitik in Bayern auf die Straße gingen, war die Hoffnung auf ein Verhindern der Kürzungen im Bildungsreich noch groß. Allerdings endeten die Proteste ohne positives Ergebnis für die StudentInnen. Inzwischen muss die Situation an den Universitäten völlig verzweifelt sein. Denn ange-sichts geplanter Kürzungen von zehn Prozent bei den Elats bayrischer Unis in den nächsten Jahren ergriff der Studentenrat der Otto-Friedrich-Universität Bamberg die Initiative und bot die Unis von Augsburg, Bamberg, Eichstätt und Regensburg im Internet feil.

Schnell waren die Gebote allein für die Bamberger Universität bei zehn Millionen Euro angelangt, für die Auktionäre immer noch ein Schnäppchen. Geworben hatten die StudentInnen unter anderem mit Argumenten wie „8000 eifrige und engagierte Studenten (Zahl steigend)“ und „hochqualifizierte wissenschaftliche Hausangestellten (Zahl abnehmend)“. Allerdings nur, wenn der Käufer ein Budget von jährlich 40 Millionen Euro und den Fortbestand aller Fakultäten garantiert hätte.

Bevor der Hammer fallen konnte nahm der Internetanbieter ebay die Auktion aus dem Programm mit der Begründung: „Es hat sich nicht um ernst gemeinte Angebote gehandelt“. Ernst scheint hingegen die Situation für die StudentInnen inzwischen zu sein, wenn sie bereit sind, ihre eigene Bildungseinrichtung für einen Apfel und ein Ei zu verhöckern. (Spiegel online, 5. Mai 04)

## Siemens ohne Kompetenz

Siemens reduziert seine Ausbildungsstellen: Nur noch 20 Kompetenzzentren für die theoretische Ausbildung sollen bestehen bleiben. Außerdem bleibt die Technik-Akademie in Berlin erhalten. Die Ausbildungsstätten in Bielefeld, Bremen, Bruchsal, Freiburg, Fürth, Greifswald, Duisburg, Kassel, Kiel, Köln, Magdeburg, Mannheim, Rostock und Saarbrücken hingegen werden dicht gemacht.

Als Dankeschön gibt es dafür im Osten 100 Ausbildungsstellen mehr bei Siemens als bisher vorgesehen. Allerdings: die übrig bleibenden Ausbildungsstandorte und -stätten sind auch nur für drei Jahre abgesichert. Und: zwar bekommen die Azubis die Fahrt- und Übernachtungskosten erstattet, aber es erklärt dabei niemand, wie ein Azubi in Hamburg oder Berlin theoretisch und in Rostock praktisch ausgebildet werden kann. Die Lösung ist dabei auch nicht, dass die Auszubildenden eigene E-Mail-Adresse und Internet/Intranet-Zugang erhalten, um nicht von Informationen bezüglich ihrer Ausbildung abgeschnitten zu werden.

Für Rüdiger Skrobarczyk, Mitglied im Gesamtbetriebsrat von Siemens, ist die Vereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat trotzdem kein schlechtes Ergebnis: „Kein Jubelergebnis – aber wir haben viel für die Auszubildenden erreicht. Wir haben noch eine Menge für die Auszubildenden rausgeholt“. Nicht wenige Siemens-Azubis werden sich durch die Vereinbarung eher verraten und verkauft fühlen. Hatten sie doch bei Aktionen der IG Metalljugend an ihren Standorten und mit einer Kundgebung während der Interessenausgleich-Verhandlungen in Hamburg im März 2004 unmißverständlich deutlich gemacht, dass sie keine Schließungen von Kompetenzzentren zulassen wollen. Diesen entscheidenden Kampf zu führen, hatte die Führung der IG Metall aber scheinbar nicht wirklich vorgehabt.

## Bildungs-Burger bei McDonald's

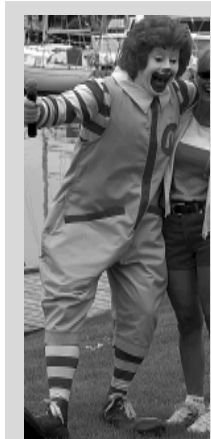
McDonald's handelt, während andere sich streiten. Ein gelber Ausbildungsbus ist derzeit unter dem Slogan „Ausbildung mit Zukunft“ unterwegs, um für Ausbildungsjobs bei McDonald's zu werben. Bei Fruchtjoghurts, Muffins und Croissants können sich Jugendliche über tolle Ausbildungsangebote informieren. Laut Roman Wolf, „Senior Director Human Resources“ bei McDonald's Deutschland, bietet McDonald's einen „anspruchsvollen Beruf“, es gehe nicht nur darum, Fritten heiß zu machen, und es gebe noch freie Plätze.

Scheinbar sind diese Ausbildungsjobs bei Jugendlichen nicht gerade beliebt. Wer möchte auch schon sein Leben lang Burger braten? Für Hauptschüler immer noch gut genug, denken sich scheinbar nicht nur McDonald's und Ar-

beitgeberverbände, sondern auch viele Schulen.

Ein Klassenlehrer meinte tatsächlich zum Werbefilm über die Jobangebote bei McDonald's: „Der Film war eher eine Firmenpräsentation. Aber von so etwas haben die Kinder mehr, als wenn sie einen Tag in der Schule sitzen.“

Die Jugendlichen scheinen da ein besseres Gespür zu haben. Denn McDonald's ist für Arbeitshetze bekannt, zahlt niedrige Löhne und duldet kaum Betriebsräte und GewerkschafterInnen. Das ist wohl die „Chance“, von der Roman Wolf, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes BDA, spricht, als er die gemeinsame Aktion von BDA und McDonald's vorstellte. „McDonald's ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung“, so Wolf (Spiegel online, 26. April 2004).



Heute noch Werbegag von McDonald's – morgen bereits regulärer Ausbildungsberuf?



Der führende Neonazi-Kader Holger Apfel (Mitte) und das Nationale Bündnis Dresden nutzen die Frustration über die herrschenden Parteien.

Dresdens Neonazis werden aggressiver: Erst tauchten sie auf den Montagsdemos gegen Sozialkassenschlag auf, dann auf einem Treffen des „Bündnis gegen Rechts“ (!) im Gewerkschaftshaus. Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, dem 14. Februar,

marschierten 2.000 Nazis durch die Landeshauptstadt.

von Steve, Dresden

Grund für ihr gewachsenes Selbstvertrauen ist das „Nationale Bündnis“, in dem Dresdens brauner Mob – NPD, DVU, Republikaner und Junge Landsmannschaft

## Dresdens Rechte wittert Morgenluft

Zur Kommunalwahl am 13. Juni wollen Nazis als „Nationales Bündnis“ in Dresdens Stadtrat

Ostpreußen – vereint ist.

Unüberschaubar beeinflusst wird es von der NPD. Diese hat nicht nur ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Holger Apfel in die Stadt an der Elbe und dort auf die Kandidatenliste und in den Vorstand des Bündnisses entsandt. Sie prägt es auch programmatisch. Ganz in NPD-Manier verwahrt sich das „Nationale Bündnis“ in Flugblättern gegen Privatisierungen, schiebt diese jedoch in ihrem Programm nicht aus. Es will angeblich zur Völkerverständigung beitragen, wettet aber mit unverhohlener Aggressivität gegen Ausländer. Dresden soll unter ihm zur „Friedensstadt“ werden, aber über Deutschlands ständhaft teure Rüstungsprojekte verliert es kein Wort. Das ausländische Kapital verteuft es, um das deutsche zu hofieren. Auch die Feindbilder sind die alten: Homosexuelle, Linke,

AusländerInnen, ...

Die PDS reagiert eher zurückhaltend. Die Plakate des „Nationalen Bündnis“ würden das „gesunde Empfinden“ der Bürger stören, erklärte PDS-Stadtratskandidatin Angelika Zerbst auf unsere Anfrage. Als die Nazis am 15. Mai durch Dresden zogen, rief die PDS laut Zerbst zwar zu einer Gegendemo auf, doch dieser Aufruf erschien nicht einmal auf der Homepage der PDS-Dresden. Somit erschienen nur 60 Gegendemonstranten.

Auch das MLPD-geprägte Wahlbündnis AUF-Dresden hat dem „Nationalen Bündnis“ inhaltlich wenig entgegenzusetzen, außer Phrasen wie: dieses haben ... so wenig aus der Geschichte gelernt“ und fordert dessen Verbot.

Neben der SAV konfrontiert zurzeit nur die Antifa das „Nationale Bündnis“. Doch letztere besticht

eher durch Konzeptionslosigkeit und lehnte unsere Angebote, durch gemeinsame Aktionen die soziale Demagogie des „Nationalen Bündnisses“ zu entlarven, ab und erschöpfte sich in vereinzelten Störaktionen.

Doch, wenn wir der sozialen Demagogie von Nazis nicht entgegen-treten und auf Fragen wie Sozialkassenschlag und Arbeitslosigkeit keine Antworten geben, werden sie weiter ihre Lügen als Wahrheiten verkaufen!

Info-Veranstaltung von SAV-Dresden und ver.di-Sachsen:

Der Wolf im Schafspelz – das „Nationale Bündnis Dresden“

Mi. 9. Juni 04, 18 Uhr, Gewerkschaftshaus Schützenplatz 14

**SAV vor Ort**

**Aachen**

**OG Ost:** Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13  
**OG Nord:** Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13  
**OG Mitte/West:** Mittwochs, 19 Uhr, „Ché-Haus“, Pontstr. 41  
 © 0241 – 5153177 aachen@sav-online.de

**Berlin**

**OG Prenzlauer Berg:** Donnerstags, 19 Uhr, im „Kiezladen“, Dunckerstr. 14  
**OG Friedrichshain:** Montags, 19 Uhr, „Das Haus“ im „Utopia“, Weidenweg 62 (Nahe Bersarinplatz, U-Bhf Frankfurter Tor)  
**OG Kreuzberg:** Montags, 19 Uhr, im „Eiertanz“, Admiralstr. 17 (U-Bhf Kottbusser Tor)  
 © 030 – 44 08 429 berlin@sav-online.de

**Bremen**

Mittwochs, 19 Uhr, im „Hart Backbord“ Vegesackerstr. 60, Bremen-Walle (Strabahn 2 u. 10, Haltestelle Warburgstr.)  
 © 0421-5576897 bremen@sav-online.de

**Bremerhaven**

Mittwochs, 19 Uhr, im Freiz-Lehe-Treff, Eupener Str. Infos über Patrik © 0471-95 20 992 oder Elli © 0471-41 66 78 (für InteressentInnen aus dem Landkreis Cuxhaven: 0172 – 918 28 58)  
 bremerhaven@sav-online.de  
 cuxhaven@sav-online.de

**Dresden**

Infos unter © 0172 – 345 53 08 dresden@sav-online.de

**Frankfurt / Main**

Infos unter © 030 – 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale info@sav-online.de

**Hamburg**

**OG West:** Dienstags, 18:30 Uhr, im Büro „Rettet die Elbe“, Nernstweg 22 (Nahe S-Bhf Altona)  
**OG Mitte/Ost:** Montags, 19 Uhr, „Café Exil“, Spaldingstr. 41 (U-Bhf Steinstraße)  
 © 0163-48 92 04 9 hamburg@sav-online.de

**Kassel**

**OG Mitte:** Donnerstags, KIK/DGB-Haus, Spohrstr. 6, 19Uhr,  
**OG Nord-Ost:** Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum „Schlachthof“, Mombacherstr. 12  
 © 0561 – 92 235 22 kassel@sav-online.de

**Köln**

**OG Innenstadt:** Dienstags, 19.30 Uhr, im „Allerweltshaus“, Körnerstr. 77-79 (Ehrenfeld)  
**OG Kalk:** Donnerstag, 19.30 Uhr, im „Naturfreundehaus“, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)  
 © 0221 – 83 06 381 koeln@sav-online.de

**Mannheim**

© 0162 – 56 69 256 sav-mannheim@gmx.de

**Mönchengladbach**

moenchengladbach@sav-online.de

**Rostock**

**OG Innenstadt:** Donnerstags, 19 Uhr, im „Club der Volkssolidarität“, Lagerstr. 18 (Straßenbahnhaltestelle Lange Str., zum Stadthafen runter)  
**OG Dierkow:**  
 Infos unter 0381-4996590  
 © 0381-4996590 rostock@sav-online.de

**Saarbrücken**

© 0178-6136134 saar@sav-online.de

**Siegen**

Mittwochs, 19 Uhr, „Zentrum für Friedenskultur“, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt) siegen@sav-online.de

**Stuttgart**

Donnerstags, 19:30 Uhr, AWO-Ost, Ostendstraße 83, Haltestelle Ostendplatz  
 © 0711 – 25 369 25 stuttgart@sav-online.de  
 Infos zu Treffen in Weilderstadt:  
 © 07052 – 56 85

**Andere Orte**

Bünde, Bonn, Darmstadt, Dresden, Duisburg, Eggenfelden, Freiburg, Göttingen, Halle, Heidelberg, Karlsruhe, Koblenz, Leipzig, Mainz, München, Offenbach, Oldenburg, Schöna: **Kontakt und Infos über die SAV-Bundeszentrale, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin**  
 © 030 – 24 72 38 02  
 Fax: 030 – 24 72 38 04

**Leserbrief**

**Sklavenhandel**

Liebe Redaktion,

ich möchte mal von zwei kleinen Erlebnissen berichten, die mit Kapitalismus und Sozialabbau zu tun haben und zeigen können, wie Ausbeutung praktisch funktioniert.

Als Handwerksmeister arbeite ich öfters auf Baustellen in Stuttgart. Da traf ich neulich Mehmet, 18 Jahre, der für eine Elektroinstallationsfirma arbeitet. Mir gefällt sein Arbeitsstil, deshalb spreche ich ihn an und erfahre von ihm: Er arbeitet drei volle Tage die Woche als „Praktikant“ im Staub und Dreck, bekommt Nullkomma-Null Kohle von seiner Firma und ist verzweifelt, weil er keine Lehrstelle findet. Durch seinen Einsatz versucht er unter anderem die „Gunst“ seines „Arbeitgebers“ zu bekommen, um so doch noch zu einer Lehre oder einer Empfehlung zu kommen...

Über solche Zustände könnte ich direkt einen Wutanfall bekommen oder losheulen.

Da ich als Handwerksmeister eine Firma angemeldet habe, bekomme ich neben anderer Post auch immer wieder Briefe von Zeitarbeitsfirmen, die billig ihre Arbeiter zum „Ausleihen“ anbieten. In den letzten Monaten werden diese Briefe und Anrufe immer häufiger. Ich zitiere aus einem der Briefe, einem Werbeflyer der

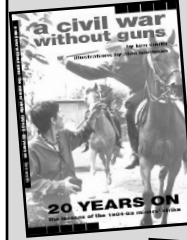
Fachpersonal-Leasing-Firma S&B: „Sie wollen günstige Angebote abgeben, sind aber zu teuer. Sie haben die eigene Mannschaft abgebaut und wollen dennoch neue, große Aufträge abwickeln. Sie wollen Personalkosten einsparen, aber die eigenen Mitarbeiter sind zu teuer. Sie wollen aber unbedingt den Umsatz und den Gewinn des Unternehmens steigern und bessere Geschäfte machen. WIE GEHT DAS? Indem Sie externe Mitarbeiter wählen, sparen Sie bis zu 55 Prozent der sonst üblichen Personalkosten ... Jeder will gut arbeiten und für alle Mehrwert schaffen. Dafür sind wir da. Neu ist jetzt, dass Sie die erforderlichen Fachmännern jetzt per Internet wählen und sofort online reservieren...“

Ekelhaft! Das Ganze klingt für mich nach modernem Sklavenhandel. Die Löhne in Zeitarbeitsfirmen sind Hungerlöhne, weit unter Tarif. Für mich sind das Beispiele die zeigen, wie unter den Bedingungen des Kapitalismus die Spaltung von Menschen in Klassen aufrechterhalten wird: Arbeitslose, Arbeitnehmer, Unternehmer und Superreiche. Der Zwang, sich zu vermarkten, führt zu Profitstreben, Konkurrenz, Ausbeutung, Arbeitssetze und auch zur Vergeudung von Arbeitskraft auf vielen Ebenen.

So sehe ich das!

Grüße aus Stuttgart von Gerrit

**Material der SAV**



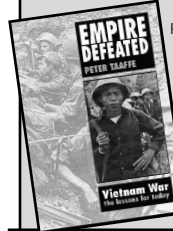
„A civil war without guns“, ein Buch von Ken Smith über den Bergarbeiterstreik 84 / 85 in Britannien, englisch 7 Euro

Rosa Luxemburg: „Sozialreform oder Revolution“, 2,50 Euro

Che Guevara – Revolutionär und Internationalist



sozialistischer Standpunkt: „Reformen für die Reichen“, 50 Cent



Peter Taaffe: „Empire defeated“, ein Buch über den Vietnamkrieg und die Lehren für heute, englisch 8 Euro

von Tony Saunios, 3 Euro

Bestellungen bitte an die Bundeszentrale der SAV, info@sav-online.de © 030 – 24 72 38 02, Littenstr. 106 / 107, 10179 Berlin  
 E-Mail, Brief oder Postkarte abschicken oder anrufen, Geld überweisen oder per Nachnahme vermerken – fertig. Bankverbindung: SAV, Kontonummer: 2500 59 430, Postbank Essen, BLZ 360 100 43

**Impressum**

**Solidarität**  
**Sozialistische Zeitung**

Überregionale Monatszeitung vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als **Solidarität - Sozialistische Zeitung**

Erscheinungsweise: Monatlich, Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M. Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Konto 2500 59 430 Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Stephan Kimmeler, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Tel.: 030 – 24 72 38 02, Fax: 030 – 24 72 38 04, eMail: redaktion@sav-online.de

**www.sozialismus.info**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Mai  
 Die nächste Zeitung erscheint am 8. Juli

**Solidarität am Kiosk**



an den **Bahnhofskiosken** in Erfurt, Frankfurt / Main, Freiburg, Gera, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Nürnberg, Pforzheim und Singen ist die **Solidarität** regelmäßig zu erhalten.

**Was will die SAV?**

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

**Widerstand**

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei Attac, widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive Gewerkschafterinnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerk-

schaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

**Neue Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm**

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, statt dessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen und Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung. Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

**Sozialismus**

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede



Rostock, Demo gegen Sozialkahltschlag, 21. Februar 2004

mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen. Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In

der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

**SAV und CWI**

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV. Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keine gewählte Vertretung, kein gewählter Vertreter (Vorstandsmitglied, Abgeordneter) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit. Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

# Kandidatur gegen die Abzocker!

Am 13. Juni kandidiert die SAV bei den Kommunalwahlen in Rostock

**Im Vorfeld der Wahlen gaben sich die Parteien in der Rostocker Bürgerschaft alle Mühe zu zeigen, wie arrogant und abgehoben sie sind – und gleichzeitig: wie wichtig die Kandidatur der SAV / Liste gegen Sozialkahlschlag ist.**

von Torsten Sting, Rostock

Knapp einen Monat vor dem Wahltermin zeigten sich die Abgeordneten im Rostocker Rathaus in Geberlaune. Die Fraktionen genehmigten sich eine Steigerung der Ausgaben für ihre Tätigkeit um satte 30 Prozent! Der Gipfel der Frechheit: diese Steuergelder werden auch dafür verwendet, um den Herrschaften im Rathaus Geschenke zu Weihnachten und Jubiläen, Eintrittskarten für Bälle und Empfänge zu spendieren!

## Große Koalition der Sozialräuber

Während die Parteien selber Wein saufen, wird im sozialen und kulturellen Bereich alles weggekürzt was nicht nie und nagelfest ist. Nach den Kommunalwahlen soll die Kürzungssorgie in die nächste Runde gehen. Dabei ist es ziemlich egal, wie stark welche Partei wird. Bei wechselnden Koalitionen gab es in den vergangenen Jahren keinen nennenswerten Unterschied. Die

PDS stellte mehrfach unter Beweis, dass sie eine angepasste Partei des Establishments geworden ist.

## Kandidatur auf der Straße

Im Wahlkampf haben wir bereits unter Beweis gestellt, dass wir uns radikal von den etablierten Parteien unterscheiden. Wir waren die einzigen, die aktiv die Verbrauchzentrale und andere Vereine und Einrichtungen gegen drohende Schließung oder Kürzungen unterstützten. In der Unterstützung von Protesten der Betroffenen sehen wir eine der wichtigsten Aufgaben, wenn uns der Einzige in die Bürgerschaft gelingen sollte.

## Alternativen aufzeigen

Wir wollen zudem das Parlament dazu nutzen, Alternativen zum Einheitsbrei der Etablierten aufzuzeigen. Unsere Liste wird die einzige sein, die deutlich macht, wo das Geld ist, das zur Finanzierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst durch Arbeitszeitverkürzung gebraucht wird. Wir werden die einzigen sein, die jegliche Kürzungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung ebenso ablehnen werden, wie die Selbstbedienung durch die Politiker.

Torsten Sting ist Kandidat der SAV / Liste gegen Sozialkahlschlag zur Kommunalwahl in Rostock.

**SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag**  
**Gegen Sozialkahlschlag & Lohnraub!**  
 Christine Lehnert, Reiseverkehrskauffrau  
 13. Juni  
 Roné Henze, arbeitslos  
**Wut & Widerstand in die Bürgerschaft!**  
 Aktiv werden! Mitmachen!  
 SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag wählen!  
**SAV – Sozialistische Alternative**  
 Info: 0381 499 65 90 oder www.sozialismus.info

# Gegen den Einheitsbrei der etablierten Parteien

Am 13. Juni in Stuttgart SAV / Offene Liste wählen

**Am 3. April demonstrierten 150.000 Menschen in Stuttgart und über eine halbe Million bundesweit gegen die Politik des Sozialkahlchlags. Dies zeigt, dass die Bereitschaft zum Widerstand bei Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Jugendlichen immer größer wird.**

von Davide Bastone, Stuttgart

Und das ist auch dringend nötig. Ob im Bund, Land oder in Stuttgart, überall vertreten alle etablierten Parteien – von SPD und Grünen über PDS bis CDU / CSU und FDP – die gleiche Politik: Der Lebensstandard, die Gesundheitsversorgung und die soziale Sicherung werden für die Masse der Bevölkerung gesenkt und gleichzeitig Banken und Konzernen immer neue Geschenke gemacht. Mit unserer Kandidatur bei der Kommu-

nalwahl am 13. Juni wollen wir dem Widerstand eine Stimme geben. Dabei ist klar: Die entscheidenden Fragen werden heute in den Chefetagen von Daimler, Bosch, Porsche und Co entschieden. Aber SAV-VertreterInnen im Stuttgarter Gemeinderat würden keine Informationen zurückhalten und alle Möglichkeiten nutzen, um Kämpfe von Beschäftigten, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu unterstützen und bekannt zu machen. Die Schweinereien, die von allen Fraktionen im Gemeinderat begangen werden, würden wir veröffentlichen.

Wenn auf der einen Seite durch die Pauschalierung der Sozialhilfe seit 2001 zehntausend StuttgarterInnen noch weniger zum Leben haben, aber gleichzeitig Millionen für eine Olympiabewerbung zum Fenster hinausgeworfen werden; wenn Geld für die Renovierungen von Schulgebäuden und für die Schaffung von

Kita-Plätzen nicht da sein soll, sich die Stadt aber gleichzeitig mit 2,6 Millionen Euro an einer Privati (SIMT) beteiligt, die sich als Flop entpuppt und dabei mindestens 800.000 Euro Verlust macht; wenn in Stuttgart 7.000 Wohnungen fehlen, im öffentlichen Dienst Arbeitsplätze abgebaut, Löhne gekürzt und durch Privatisierungen unsere Trinkwasser- und Energieversorgung dem Profit unterworfen werden, aber gleichzeitig für Prestigeobjekte wie die neue städtische Galerie, Stuttgart 21 und der Fildermesse über 400 Millionen Euro ausgegeben werden; dann kann man nur von Schweinereien sprechen.

Ein weiteres Beispiel: Das Klinikum Stuttgart wurde der Sana-GmbH übergeben. Dadurch sollten die Strukturen für den Umbau der Klinik zu einem profitorientierten Unternehmen gelegt werden. Nun steht das Klinikum mit einem 238

Millionen Euro Defizit da. Die Sana-GmbH hat in den letzten zehn Jahren zehn Millionen Euro aus dem Klinikum abgezockt, die Manager wurden entlassen und erhielten noch 700.000 Euro Abfindung. Die Fraktionen können sich nur gegenseitlich die Schuld zuweisen und gleichzeitig soll das Defizit durch Personal und Betriebsleistungen unsere Rücken von Beschäftigten und PatientInnen, wieder wettgemacht werden.

Deswegen sind wir aktiv in der Initiative gegen Betten- und Personalabbau am Klinikum. Der Wahlkampf und der Gemeinderat wurden diesen und andere Kämpfe wirksamer machen.

Denn in der Kommunalpolitik ist eine sozialistische Alternative nötig.

Deshalb: am 13. Juni in Stuttgart SAV / Offene Liste wählen und selbst aktiv werden!

# Letzte Chance für städtische Wohnungen!

Beschlossener Verkauf von 8.000 Wohnungen noch mal in Frage gestellt

**Bereits letztes Jahr hatte die schwarz-gelbe Stadtratsmehrheit beschlossen, 60 Prozent der GeWoGe-Anteile zu verkaufen und bereits mit der EBV, einer Tochter der Ruhrkohle AG, verhandelt. Doch jetzt hat der Oberbürgermeister Linden (SPD) Einspruch beim Regierungspräsidenten in Köln eingelegt. Angesichts der niederschmetternden Umfrageergebnisse für die SPD ist dies sicher nur ein wahltaktischer Schritt.**

von Marc Treude, Vorsitzender des Wahlbündnisses „Gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!“

Im September sind in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen und ein Verkauf der GeWoGe-Wohnungen betrafte immerhin rund 20.000 MieterInnen.

Die Verhandlungen mit der EBV belieben sich auf einen Kaufpreis von ca. 2,5 Millionen Euro. Dabei erwirtschaftet die GeWoGe jährlich Gewinn, der an die Stadt zurückfließt. Dieser belief sich 2003 auf 1,7 Millionen! Nach zwei Jahren wird also aus dem Verkauf ein Minusgeschäft – ganz abgesehen von zu erwartenden Mietsteigerungen und einem Anstieg des Mietniveaus für die ganze Stadt!

## Öffentliches Eigentum erhalten

Der Verkauf wäre wohnungspolitisch

ein Desaster. Diese Stadt braucht bezahlbaren und guten Wohnraum statt Immobiliengeschäften von Großkonzernen. Ein überwiegender Teil der MieterInnen sind RentnerInnen, Arbeiterfamilien und sozial Schwache. Gerade deshalb muss um den Erhalt der Wohnungen gekämpft werden. Ein Bürgerbegehren hatte bereits stattgefunden, als der Verkauf vor gut zwei Jahren auf die Tagesordnung kam. Damals sagten die Vertreter der rot-grünen Minderheit im Stadtrat den Mietern, sie würden sich darum kümmern, dass der Verkauf nicht stattfindet. Zwar stimmten 14.000 (zwei Drittel) gegen einen Verkauf, allerdings hatten SPD und Grüne nichts dafür getan, dass auch genügend Stimmen insgesamt zusammenkamen. Die Wut und Aktivität der MieterInnen wurde damit in rein parlamentarische Bahnen gelenkt.

Das Wahlbündnis „Gemeinsam Gegen Sozialkahlschlag!“ hat begonnen, die MieterInnen zu besuchen und zu diskutieren, wie jetzt der Widerstand erneut angefangen werden kann. Wir nehmen Kontakt auf zu den Mieterbeiräten und laden ein zu einer Veranstaltung, bei der wir diskutieren wollen, wie der Verkauf doch noch verhindert werden kann. Diese findet statt am Donnerstag, den 13. Mai im Ché-Haus (Alexander-von-Humboldt-Haus), Pontstr. 41, 19.00 Uhr.

# Kapitalismus geht über Leichen!

In Berlin wird die Gesundheitsversorgung privatisiert und kaputt gespart – wir wehren uns dagegen!

**Der Berliner Krankenzusatzkonzern Vivantes mit derzeit 13.000 Beschäftigten ist der größte in Deutschland. 2001 begann mit der Gründung seiner GmbH die Privatisierung des Berliner Gesundheitswesens.**

von Nelli Tügel, Berlin

Stellenabbau, Lohnkürzungen, Verschlechterungen der Bedingungen für Beschäftigte und PatientInnen ... – dies sind immer die selben Folgen, wenn der Profit und nicht die Bedürfnisse der Menschen regieren. Noch gehört Vivantes zu 100 Prozent dem Land Berlin. Doch der Weg der Privatisierung wurde beschritten und ist spürbar: 2.000 Vollzeit-Stellen wurden seit 2001 abgebaut, die Arbeitszeit erhöhte sich dramatisch und die durchschnittliche Liegezeit der PatientInnen in den Vivantes-Krankenhäusern wurde von 11,5 Tage auf 8,5 Tage reduziert.

Da Vivantes hochverschuldet ist, droht unmittelbar die Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für die Beschäftigten als Teil eines sogenannten „Sanierungskonzeptes“. In einem Interview in der jungen Welt vom 18. Mai sagte dazu Volker Gerhardt, Vivantes-Betriebsrat: „Ich persönlich halte eine Sanierung für ausgeschlossen. Eigentlich soll eine Sanierung etwas gesund machen. Ein Krankenhaus, das die Menschen krank erlässt, kann aber wohl schwerlich als gesund bezeichnet werden.“

Die Beschäftigten setzen sich schon seit einiger Zeit zur Wehr. Aus Protest gegen

die Zustimmung der Betriebsratsmehrheit zur Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld trat zu Jahresbeginn Volker Gerhardt als Betriebsratsvorsitzender zurück. Im März fanden nach Betriebsversammlungen Protestaktionen vor einzelnen Vivantes-Krankenhäusern statt. Dazu meinte Volker Gerhardt in der jungen Welt: „Die KollegInnen haben die Schamse so voll, dass sie durchaus für solche Aktionen zu gewinnen wären. So etwas darf aber nicht halbherzig, sondern muss mit aller Kraft vorbereitet werden. Und da ist die Gewerkschaft fast schon zu einem desorganisierenden Element geworden. Durch ihre Unentschlossenheit und ständige Anbiederung an die Geschäftsführung entsteht der Eindruck, man wolle sowieso nicht ernsthaft kämpfen. Das muss sich ändern!“

Auch das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ ist dieser Meinung und plant deswegen am 1. Juni eine Protestaktion vor dem Vivantes-Klinikum Friedrichshain und am 9. Juni eine Veranstaltung. Die SAV in Berlin wird die Bewegung der Beschäftigten mit Ideen und Vorschlägen unterstützen und aufbauen und plant in zwei Berliner Stadtteilen Anwohnerversammlungen, Informationsstände, Flugblattverteilungen und Unterschriftensammlungen gegen die Privatisierung und die Angriffe auf die Beschäftigten.

Beteiligt euch daran, werdet gemeinsam uns aktiv!

## Nachrichten aus der Internationale



Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers' International).

Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

## Gewerkschaftsführung bricht Arbeitskampf in Kanada ab

Am 26. April begannen 43.000 Beschäftigte des Gesundheitswesens der kanadischen Region British Columbia ein siebenstägigen Streik, weil die Regierung den Manteltarifvertrag wieder öffnen wollte, um Entlassungen und Kürzungen von bis zu 17 Prozent bei Löhnen und Leistungen im Umfang von 900 Millionen Kanadischen Dollar zu erreichen. Wut über die neoliberale Regierung wegen Privatisierungen, Kürzungen und Angriffen auf ArbeiterInnenrechte sowie Empörung über die Behandlung von ArbeiterInnen führte schnell zu wachsender Sympathie und Solidarität mit den Streikenden.

Als die Regierung ein „Wieder in Arbeit“-Gesetz beschloss, was 15 Prozent Lohnverlust bedeutet, dehnte sich die Bewegung auf bis zu 100.000 Beschäftigte aus. Es wurde die Ausweitung zum Generalstreik erwartet, der die Regierung zur Rücknahme oder sogar zu Rücktritt gezwungen hätte. Die Gerichte erklärten daher den Streik für illegal und drohten den Gewerkschaften hohe Geldstrafen und Haftstrafen an.

Hinter dem Rücken der ArbeiterInnen schloss die Gewerkschaftsführung der Beschäftigten im Gesundheitswesen (HEU), beraten vom Gewerkschaftsdachverband von British Columbia, einen „Ausgleich“ mit der Regierung. Darin stimmten sie zehn Prozent Lohnverlust und 2,5 Stunden Mehrarbeit zu, im Gegenzug werden 300 Stellen nicht ausgelagert.

Die Beschäftigten waren außer sich vor Wut! Einige weigerten sich, Streikposten blieben und einzelne Betriebe der Region blieben geschlossen. Aber ohne eine kämpferische sozialistische Organisation in der Gewerkschaft gab es keine Struktur für eine organisierte Missachtung dieses Verrats.

Sozialist Alternative, Schwesternorganisation des CWI in Kanada, hat deshalb begonnen, sozialistische Strukturen in den Gewerkschaften aufzubauen und eine Alternative zur Gewerkschaftsbürokratie anzubieten.

## „Sozialistischen Bewegung“ in Pakistan

Am 17. April beschlossen in Lahore mehr als 60 Personen – darunter Mitglieder der United Socialist Party (Sympathisantin des CWI) und der Marxist Workers' Tendency – die „Sozialistische Bewegung“, eine neue unabhängige, sozialistische und revolutionäre Organisation Anfang des nächsten Jahres zu gründen. Beim Treffen wurden die derzeitige Weltituation, die Auswirkungen des US-imperialistischen Krieges und der Besatzung des Irak, die neue Welle der Arbeiterkämpfe in Europa und die Bewegung der europäischen Sozialdemokratie hin zum Neoliberalismus diskutiert. Weiter wurde über die soziale, politische und wirtschaftliche Lage in Pakistan gesprochen.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB  
 Tel.: 0044 2089 88 87 60  
 Fax: 0044 20 89 88 87 93  
 e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk

www.socialistworld.net

Preis: 1 €  
Förderpreis: 2 €

Nr. 26, Juni 2004

## Zukunft statt Zumutung:

# Ausbildung, Bildung und Arbeit

## für Jugendliche!

Arbeitslose Jugendliche werden dank Agenda 2010 ab dem nächsten Jahr gezwungen, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen. Tun sie das nicht, wird die Unterstützung vom Staat gestrichen. „Zumutbar“ heißt zum Beispiel, dass ein 16-jähriger gezwungen werden kann, seine Familie und Freunde zu verlassen, um für einen Billiglöhner am anderen Ende des Landes zu arbeiten. Profitable Zwangsarbeit ist die Antwort von SPD und Grünen auf Jugendarbeitslosigkeit. Egal, ob in der Ausbildung, in der Schule oder Hochschule: Jugendliche sollen die Politik für Banken, Konzerne, Reiche und Superreiche ausbaden.

von Nico Weinmann, Kassel

Eine halbe Million Jugendliche ist arbeitslos. Weitere 500.000 werden in staatlichen Alibiprogrammen zwischenparkiert, weil sie keinen anständigen Ausbildungsplatz gefunden haben. Was ist die Antwort der Bundesregierung darauf? Um das Problem mit den fehlenden Lehrstellen zu lösen, wird eine Scheinausbildungsumlage erhoben, die nichts an der Situation von Jugendlichen ändert (siehe Seite 9)

Arbeitslose Jugendliche werden quer durch die Republik verschickt, um für Hungerlöhne zu arbeiten.

### Übernahme

Auch wenn man nicht direkt von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit rutscht, ist die Zukunft ungewiss: Egal in welchem Bereich, überall fordern Arbeitgeber und Politiker Arbeitszeitverlängerung. Wenn Beschäftigte länger arbeiten, werden weniger gebraucht. Arbeitsplätze werden vernichtet. Und auch wenn niemand entlassen wird, sondern „sozialverträglich“ Jobs abgebaut werden. Für Jugendliche sind sie weg. Die Chance für Ausgelernte, übernommen zu werden, sinkt dann gewaltig.

Bei in Wahrheit 7,5 Millionen Arbeitslosen ist Arbeitszeitverlängerung genau der falsche Ansatz. Die vorhandene Arbeit müsste auf alle aufgeteilt werden und das bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nur so kann gesichert werden, dass ein gelernter Elektriker auch im erlernten Beruf einen Arbeitsplatz findet und nicht im Lager Kisten packen muss oder am Fließband steht.

### Bildungsmisere

In der Tierhaltung gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene „Mindestbewegungsfläche“. Für SchülerInnen gibt es keine dieser Regelungen, dabei wäre das bitter nötig! Überfüllte Klassen sind nämlich Schulalag. Wenn nicht alle SchülerInnen in einen Raum reinpas-

sen? Dann kauft man eben kleinere Tische. So sieht die Planung an ethischen Schulen aus.

Die Reaktion der Politiker aller etablierten Parteien trotz PISA-Studie ist: Bildungsabbau, mehr Prüfungen und mehr Auslese. Das Ergebnis: Mehr Leistungsdruck und weniger Chancengleichheit. An der Qualität der Bildung wird aber nichts geändert, im Gegenteil. Fast in jedem Bundesland werden kaum neue LehrerInnen eingestellt und die, die schon einen Job haben, müssen noch länger arbeiten. Jede neue Schulreform beweist, dass Politik nicht im Interesse von Jugendlichen gemacht wird. Lehrpläne werden darauf zugeschnitten, wie sich die Wirtschaft ihre zukünftigen Arbeitskräfte vorstellt.

### Die SAV setzt sich ein für:

- ➔ **Qualifizierte Ausbildung für jeden bei freier Berufswahl und unbefristeter Übernahme im erlernten Beruf. Einführung einer Ausbildungsquote von zehn Prozent (bezogen auf die Zahl der Beschäftigten) und Ausbildungsplatzabgabe.**
- ➔ **Bildung ist keine Ware – für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle!**
- ➔ **Nein zu Studiengebühren!**

## Wofür wir kämpfen:

### Arbeit und Soziales

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ für drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindesteinkommen) von 750 Euro netto plus Warmmiete; Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat für einen Vollzeitbeschäftigten beziehungsweise 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl- und der SPD-Grüne-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen – Rückverstaatlichung aller privatisierten Betriebe
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

### Jugend

- ★ Bildung ist keine Ware – für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle!
- ★ Einstellung von 25.000 LehrerInnen jährlich und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafög von 800 Euro netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jedeN bei freier Berufswahl und unbefristeter Übernahme im erlernten Beruf. Einführung einer Ausbildungsquote von zehn Prozent (bezogen auf die Zahl der Beschäftigten) und Ausbildungsplatzabgabe.

### Gegen Diskriminierung

- ★ Gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Behinderung oder sexueller Orientierung
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Gegen staatlichen Rassismus – Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

### Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

### Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten durch Überführung der Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum und Umstellung auf zivile Produktion

### Gewerkschaften und Arbeiterparteien

- ★ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- ★ Nein zu Lohnverzicht
- ★ Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- ★ FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- ★ Für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm

### Globalisierung

- ★ Sofortige, bedingungslose und komplette Schuldenreicherung für die armen Länder
- ★ Für die Auflösung von IWF, Weltbank und WTO
- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau und Privatisierung
- ★ Nein zum Europa der Banken und Konzerne und zu weiteren Euro-Opfern

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Statt überbezahlter und korrupter Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung: durchschnittlicher Facharbeiterlohn und derzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur



Siemens verabschiedet sich von zahlreichen Ausbildungsstandorten. Azubis demonstrieren und protestieren dagegen.

### 6. Juli, Kassel:

**„Zukunft erkämpfen! – Bildung, Ausbildung und Arbeit für alle!“**

Unter diesem Motto wird am 6. Juli in Kassel ein Streik- und Protesttag von SchülerInnen und Auszubildenden stattfinden. Zu dem Protest ruft die DGB-Jugend und „Jugend gegen Sozialkassenschlag“ auf. Schon jetzt steht fest, dass sich Auszubildende aus den großen Ausbildungsbetrieben und SchülerInnen verschiedener Schulen aus Kassel und Umgebung beteiligen. Der Protest soll bundesweit Beispiel sein, wie der Widerstand gegen Sozialabbau weiter gehen kann.

Denn: Demonstrieren allein wird nicht ausreichen, um Schröder und die Arbeitgeber zu stoppen. Nötig ist, den Widerstand in die Betriebe zu tragen und die Unternehmer und damit auch ihre Regierungen da zu treffen, wo es ihnen weh tut: am Profit.

## Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **Solidarität – Sozialistische Zeitung** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo der Solidarität – Sozialistische Zeitung** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_\_ Euro (ab 3 Euro pro Monat).
- Ich will Mitglied der SAV werden.

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

Name ..... Straße .....

Postleitzahl und Ort ..... Telefon/E-Mail .....

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro/20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name Kontoinhaber ..... Kontonummer .....

Bank ..... Bankleitzahl .....

Umschritt .....